

PROTOKOLL

der ersten ordentlichen Sitzung der Universitätsvertretung im WS 00/01
am 13. Oktober 2000

Ort: Universitätscampus, Gebäude der Uni-KOO-Stelle
1090 Wien, Spitalgasse 2/Hof 1

Beginn: 15.12 Uhr

Ende: 17.40 Uhr

TOP 1 - Begrüßung

Die Vorsitzende Angelika Obermayr eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 – Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende Angelika Obermayr stellt die ordnungsgemäße Einladung fest und überprüft die Beschlussfähigkeit gemäß der u.a. Anwesenheitsliste.

Anwesenheitsliste 1. Ordentliche Sitzung der UV/WS am 13.10.2000, 15.00 Uhr (pünktlich)

Mandatarinnen /are	anw./n.anw.	Ersatzmandatarinnen/are	anw./n.anw.	Stimmübertragungen
AG				
Angelika Obermayr	anw.	Sandra Cejpek		
Angelika Pipal	anw.	Jürgen Melmuka		
Georg Jonas	nicht anw.	Elisabeth Peham	anw.	
Christoph Mühlbacher	nicht anw.	Gerhard Schweng	anw.	
Christoph Luef	anw.	Manfred Lee		
Mathias Mühlhofer	anw.	Horst Leonhard		
Oliver Grimm	nicht anw.	Johannes Neuberger		Monika Laux anw.
Fernas Amir	anw.	Elisabeth Zehetner		
Iris Feichtinger	nicht anw.	Markus Laky		Eva Jezek ab 15.29 Uhr
Bettina Baminger	anw.	Alexander Palma		
Regina Gschwandtner	anw.	Florian Pecenka		
Barbara Kohlweg	anw.	Christoph Weber		
Tobias Holderried	nicht anw.	Philipp Hohensinner	anw.	
VSSTÖ				
Lukas Oberndorfer	anw.	Nicole Gaal		
Sigrid Nitsch	anw.	Judith Schacherreiter		
Lukas Ertl	anw.	(nicht bekanntgegeben)		
Bettina Schwarzmayr	anw.	Tobias Schweitzer		
GRAS				
Martina Steiner	anw.	(nicht bekanntgegeben)		
Sabine Schmid	anw.	(nicht bekanntgegeben)		
Gerfried Panovsky	anw.	Markus Pemersdorfer		
Markus Pemersdorfer	anw.			
LSF				
Brenda Annerl	anw.	Brigitte Ponta		
Michaela Köberl	nicht anw.	(nicht bekanntgegeben)		
KSV				
Tanja Jenni	anw.	Ingolf Erler		

Irene Zavarsky	anw.	Marion Stöger	
FLUW			
Charis Oskandi	nicht anw.	Maria Lettner	nicht anw. Martin Koschat anw.
RSF			
Arnulf Helpersdorfer	anw.	Bernhard Graf	

FV-Vorsitzende

k.Theol.

Maria Lettner	nicht anw.		
---------------	------------	--	--

ev.Theol.

Thomas Stark	nicht anw.		
--------------	------------	--	--

Jus

Oliver Grimm	nicht anw.	Stv. Vors. Angelika Pipal	anw.
--------------	------------	---------------------------	------

Sowi

Andrea Edinger	nicht anw.	Stv. Vors. Regina Gschwandtner	anw.
----------------	------------	--------------------------------	------

Med

Manfred Lee	nicht anw.	Stv. Vors. Barbara Kohlweg	anw.
-------------	------------	----------------------------	------

Gewi

Olivia Steiner	anw.		
----------------	------	--	--

Gruwi

Sieglinde Steiner	nicht anw.	Kurienspr. Sigrid Nitsch	anw.
-------------------	------------	--------------------------	------

Nawi

Bettina Baminger	anw.		
------------------	------	--	--

Referentinnen/enten

Wirtschaft

Mathias Mühlhofer	anw.		
-------------------	------	--	--

Öffentlichkeit

(Martina Mayrwöger)	nicht anw.		
---------------------	------------	--	--

BiPol

Gerhard Schweng	anw.		
-----------------	------	--	--

Internationales

Heide Haslinger	nicht anw.		
-----------------	------------	--	--

Frauenfragen

Elisabeth Peham	anw.		
-----------------	------	--	--

Soziales

Sandra Cejpek	nicht anw.		
---------------	------------	--	--

Ausländer

Kata Mazalin	anw. ab Top 6		
--------------	---------------	--	--

Kultur

Luise Ziaja	nicht anw.		
-------------	------------	--	--

Sport

Rudi Hampl	nicht anw.		
------------	------------	--	--

Senioren

Herta Spitaler	anw.		
----------------	------	--	--

Behinderte

(Jakob Wurmbäck)	anw. ab Top 6		
------------------	---------------	--	--

Ökologie

Eva Jezek	nicht anw.		
-----------	------------	--	--

HomoBiTrans

(Reinhard Ulrich)	nicht anw.		
-------------------	------------	--	--

Zur GO – Lukas Oberndorfer/VSSTÖ

Zur Frage zum Georg Jonas, noch einmal eine Rechtsauskunft vom Ministerium um das zu ändern ist ganz einfach und nachweislich der Vorsitzenden bekannt zu geben, dass er eine Stimmübertragung übergeben hat, dass hat heute der Georg Jonas getan, eindeutig, erste Seite dass der Georg Jonas nie die Lisi Peham, seine Stimme übertragen hat und sie nicht als seinen ständigen Ersatz nominiert hat und auf der zweiten Seite steht, dass er der Sandra Cejpek seine Stimme übertragen hat, bzw. als seinen ständigen Ersatz nominiert hat. Es hat überhaupt keinen Sinn mehr diese Sitzungen durchzuführen weil wir eine Vorsitzende haben, die rechtswidrig ist seit einem halben Jahr. Ich möchte dieses nur protokollieren weil das natürlich in das Verfahren gegen Angelika Obermayr aufgenommen wird, dass wiederum trotz nachweislichen Dingen die Stimme nicht rechtmäßig verteilt wurde und die Lisi Peham die Stimme jetzt ausführt.

TOP 3 – Genehmigung der Tagesordnung

TOP 1	Begrüßung
TOP 2	Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
TOP 3	Genehmigung der Tagesordnung
TOP 4	Genehmigung der Protokolle
TOP 5	Beschlussfassung über den Jahresabschluss zum 30.9.1998
TOP 6	Zusammenlegung von Studienrichtungsvertretungen gemäß HSG 1998
TOP 7	Berichte der Vorsitzenden
TOP 8	Berichte der Referentinnen und Referenten
TOP 9	Satzung der Universitätsvertretung
TOP 10	Berichte der Fakultätsvertretungsvorsitzenden
TOP 11	Allfälliges

Antrag 1 zur Abstimmung – Genehmigung der Tagesordnung:

contra: 12
Enthaltungen: 0
pro: 13

Antrag angenommen

TOP 4 – Genehmigung der Protokolle

Protokoll der 1. Ordentlichen UV-Sitzung vom 16. 3. 2000 – SoSe 2000
Protokoll der 2. Ordentlichen UV-Sitzung vom 11. 4. 2000 – SoSe 2000
Protokoll der 2. Außerordentlichen UV-Sitzung vom 2. 5. 2000 – SoSe 2000
Protokoll der 4. Außerordentlichen UV-Sitzung vom 28. 6. 2000 – SoSe 2000

Antrag 2 zur Abstimmung – Protokoll 16.3.2000

contra: 12
Enthaltungen: 0
pro: 13

Antrag angenommen

Antrag 3 zur Abstimmung – Protokoll 11. 4. 2000

contra: 12
Enthaltungen: 0
pro: 13

Antrag angenommen

Antrag 4 zur Abstimmung – Protokoll 2. 5. 2000

contra: 12
Enthaltungen: 0
pro: 13

Antrag angenommen

Antrag 5 zur Abstimmung – Protokoll 28. 6. 2000

contra: 12
Enthaltungen: 0
pro: 13

Antrag angenommen

Das Protokoll der 3. Außerordentlichen Sitzung vom 16. 6. 2000 SoSe 2000 liegt im Sekretariat zur Einsichtnahme auf.

TOP 4 – Genehmigung der Protokolle wird geschlossen

TOP 5 – Beschlussfassung über den Jahresabschluss zum 30.9.1998

Bilanz 1997/98 wurde abgeschlossen, das Original liegt auf der UV seit 22. 9. 2000 zur Einsichtnahme auf. Jahresabschluss mit Prüfsiegel vom Notar darf nicht kopiert werden, wir haben aber 27 Kopien ohne Prüfsiegel hier. Wer immer eines haben möchte, kann eines haben.

Eva Jezek/AG anwesend

Antrag 6 zur Abstimmung – Beschlussfassung über den Jahresabschluss zum 30.9.2000

contra: 0
Enthaltungen: 12
pro: 14

Antrag angenommen

TOP 6 –Zusammenlegung der Studienrichtungsververtretungen gemäß HSG 1998

Gerhard Schweng – Referent für Bildungspolitik

Warum wir das heute machen müssen, liegt daran, dass es schon bisher zusammengelegte STRV gegeben hat, diese Beschlüsse aber neu zu fassen sind teilweise, weil wir eben ein neues Gesetz haben und eine neue Grundlage, auf die diese Beschlüsse gefällt worden sind. Insgesamt habe ich für jede Fraktion 1 Exemplar der Anträge ausgeteilt, insgesamt sind das 9 Stück, was wir jetzt an Anträgen stellen werden.

Zugrunde liegt der § 20 Abs. 3 und 5 des HSG 1998.

Es leider sehr kurzfristig und es muss deshalb heute verabschiedet werden, weil die Wahlkommission jetzt zusammentreten muss und es muss das Ganze EDV mäßig erfasst werden. Es ist die Schwierigkeit von dem ganzen je größer die Vorlaufzeit ist, umso sicherer ist es, dass dies durchgeführt werden kann. Wir könnten den Beschluss auch 1 Tag vor der Wahl fällen, aber bis dorthin kann das die Wahlkommission nicht mehr umsetzen.

Anträge werden jetzt der Reihe nach vorgelesen.

Anträge 7/1-9, Gerhard Schweng/AG

Gerhard Schweng bringt die Anträge 7/1-9 zu einem gemeinsamen Antrag ein

Um die Anträge abzustimmen braucht es eine 2/3 Drittel Mehrheit.

Antrag Zusammenlegung von Studienrichtungsvertretungen (#1)

Gerhard Schweng

Referent für Bildungspolitik
der Hochschülerschaft an der Universität Wien

Sitzung der Universitätsvertretung der Studierenden der
Hochschülerschaft an der Universität Wien am 13. 10. 2000

Die Universitätsvertretung der Studierenden möge beschließen:

Einrichtung einer gemeinsamen Studienrichtungsvertretung Katholische Religionspädagogik durch Zusammenlegung der Studienrichtungsvertretung Katholische Religionspädagogik und der Studienrichtungsvertretung Lehramtsstudium (im Unterrichtsfach Katholische Religion) gemäß § 20. Abs. 3 und 5 HSG 1998.

Begründung: *Es gibt die Möglichkeit, Religionspädagogik sowohl als Einzelstudium oder als kombinationspflichtiges Studium zu studieren. Eine gemeinsame Studienrichtungsvertretung erscheint sinnvoll.*

Antrag Zusammenlegung von Studienrichtungsvertretungen (#2)

Gerhard Schweng

Referent für Bildungspolitik
der Hochschülerschaft an der Universität Wien

Sitzung der Universitätsvertretung der Studierenden der
Hochschülerschaft an der Universität Wien am 13. 10. 2000

Die Universitätsvertretung der Studierenden möge beschließen:

Einrichtung einer gemeinsamen Studienrichtungsvertretung Evangelische Fachtheologie und Evangelische Religionspädagogik durch Zusammenlegung der Studienrichtungsvertretung Evangelische Fachtheologie und der Studienrichtungsvertretung Lehramtsstudium (im Unterrichtsfach Evangelische Religion) gemäß § 20. Abs. 3 und 5 HSG 1998.

Begründung: *Zusammenlegung aufgrund der geringen Studierendenzahlen. War auch bisher schon der Fall.*

Antrag Zusammenlegung von Studienrichtungsvertretungen (#3)

Gerhard Schweng

Referent für Bildungspolitik
der Hochschülerschaft an der Universität Wien

Sitzung der Universitätsvertretung der Studierenden der
Hochschülerschaft an der Universität Wien am 13. 10. 2000

Die Universitätsvertretung der Studierenden möge beschließen:

Einrichtung einer gemeinsamen Studienrichtungsvertretung Internationale Betriebswirtschaft und Betriebswirtschaft (IBW/BW) durch Zusammenlegung der Studienrichtungsvertretung Betriebswirtschaft (BW) und der Studienrichtungsvertretung Internationale Betriebswirtschaft (IBW) gemäß § 20. Abs. 3 und 5 HSG 1998.

Begründung: *Schon bisher wurde eine gemeinsame Studienrichtungsvertretung gewählt. Eine Zusammenlegung scheint aufgrund der Ähnlichkeit der Studienrichtungen auch weiterhin gerechtfertigt.*

Antrag Zusammenlegung von Studienrichtungsvertretungen (#4)

Gerhard Schweng

Referent für Bildungspolitik
der Hochschülerschaft an der Universität Wien

Sitzung der Universitätsvertretung der Studierenden der
Hochschülerschaft an der Universität Wien am 13. 10. 2000

Die Universitätsvertretung der Studierenden möge beschließen:

Einrichtung einer gemeinsamen Studienrichtungsvertretung Wirtschaftsinformatik und Informatik durch Zusammenlegung der Studienrichtungsvertretung Informatik und der Studienrichtungsvertretung Wirtschaftsinformatik gemäß § 20. Abs. 3 und 5 HSG 1998.

Begründung: Beide Studienrichtungen sind sowohl auf der Universität Wien, wie auch auf der Technischen Universität Wien eingerichtet. Für Informatik (nach AHStG auf der NaWi-Fakultät eingerichtet, nach UniStG auf der SoWi-Fakultät) kann auf der Universität Wien nicht mehr neu zugelassen werden. Es gibt jedoch etwa 20 – 30 Studierende, die dieses Studium noch als auf der Universität Zugelassene betreiben (es gab aus Mangel an Kandidatinnen und Kandidaten daher niemals eine eigene StRV Informatik an der Universität Wien).

Antrag Zusammenlegung von Studienrichtungsvertretungen (#6)

Gerhard Schweng

Referent für Bildungspolitik
der Hochschülerschaft an der Universität Wien

Sitzung der Universitätsvertretung der Studierenden der
Hochschülerschaft an der Universität Wien am 13. 10. 2000

Die Universitätsvertretung der Studierenden möge beschließen:

Einrichtung einer gemeinsamen Studienrichtungsvertretung Lehramtsstudium (in den Unterrichtsfächern Geographie und Wirtschaftskunde, Leibeserziehung, Psychologie und Philosophie) durch Zusammenlegung der Studienrichtungsvertretung Lehramtsstudium (in den Unterrichtsfächern Geographie und Wirtschaftskunde, Leibeserziehung, Psychologie und Philosophie) mit der Studienrichtungsvertretung Psychologie, Philosophie und Pädagogik (Lehramt an höheren Schulen) gemäß AHStG gemäß § 20. Abs. 3 und 5 HSG 1998.

Begründung: Dieser Beschluß ist mit größter Wahrscheinlichkeit nicht notwendig, da es die Studienrichtung und somit die Studienrichtungsvertretung Psychologie, Philosophie und Pädagogik (Lehramt an höheren Schulen) laut UniStG nicht mehr gibt. Es handelt sich daher um eine reine Vorsichtsmaßnahme (sonst könnte es passieren, dass die "P.P.P."-Lehramts-Studierenden überhaupt nicht für eine Studienrichtungsvertretung wahlberechtigt wären) beziehungsweise um einen Feststellungsbeschluß.

Antrag Zusammenlegung von Studienrichtungsvertretungen (#7)

Gerhard Schweng

Referent für Bildungspolitik
der Hochschülerschaft an der Universität Wien

Sitzung der Universitätsvertretung der Studierenden der
Hochschülerschaft an der Universität Wien am 13. 10. 2000

Die Universitätsvertretung der Studierenden möge beschließen:

Einrichtung einer gemeinsamen Studienrichtungsvertretung Soziologie durch Zusammenlegung der Studienrichtungsvertretung Soziologie (gemäß Anlage 1 Z 6.10 zum UniStG) der SoWi-Fakultät mit der Studienrichtungsvertretung Soziologie (gemäß Anlage 1 Z 1.30 zum UniStG) der GruWi-Fakultät gemäß § 20. Abs. 3 und 5 HSG 1998.

Begründung: *Dieser Vorschlag ist eine Fortschreibung des Status Quo. Schon bisher gibt es eine gemeinsame Studienrichtungsvertretung.*

Zusatzantrag

Die Universitätsvertretung der Studierenden möge beschließen:

Zuordnung der gemeinsamen Studienrichtungsvertretung Soziologie an die Fakultätsvertretung Grund- und Integrativwissenschaften.

Anmerkung: *Dies ändert natürlich nichts an der Tatsache, dass Studierende der Soziologie auf der SoWi-Fakultät natürlich auch weiterhin für die Fakultätsvertretung SoWi und nicht für die Fakultätsvertretung GruWi wahlberechtigt sind.*

Antrag Zusammenlegung von Studienrichtungsvertretungen (#8)

Gerhard Schweng

Referent für Bildungspolitik
der Hochschülerschaft an der Universität Wien

Sitzung der Universitätsvertretung der Studierenden der
Hochschülerschaft an der Universität Wien am 13. 10. 2000

Die Universitätsvertretung der Studierenden möge beschließen:

Einrichtung einer gemeinsamen Studienrichtungsvertretung Doktoratsstudium an der Grund- und Integrativwissenschaftlichen Fakultät (GruWi-Fakultät) durch Zusammenlegen der Studienrichtungsvertretung Doktoratsstudium der Naturwissenschaften der GruWi-Fakultät mit der Studienrichtungsvertretung Doktoratsstudium der Philosophie der GruWi-Fakultät gemäß § 20. Abs. 3 und 5 HSG 1998.

Begründung: *Da es auf jeder anderen Fakultät auch nur ein Doktoratsstudium und somit nur eine Studienrichtungsvertretung Doktorat gibt, scheint dies auch für die GruWi-Fakultät sinnvoll. Ein*

naturwissenschaftliches Doktoratsstudium an der GruWi-Fakultät ist nur für Studierende der Psychologie, der Geographie und der Sportwissenschaften möglich.

Antrag Zusammenlegung von Studienrichtungsvertretungen (#9)

Gerhard Schweng

Referent für Bildungspolitik
der Hochschülerschaft an der Universität Wien

Sitzung der Universitätsvertretung der Studierenden der
Hochschülerschaft an der Universität Wien am 13. 10. 2000

Die Universitätsvertretung der Studierenden möge beschließen:

Einrichtung einer gemeinsamen Studienrichtungsvertretung Klassische Philologie durch Zusammenlegung der Studienrichtungsvertretung Klassische Philologie-Griechisch mit der Studienrichtungsvertretung Klassische Philologie-Latein gemäß § 20. Abs. 3 und 5 HSG 1998.

Begründung: *Dieser Vorschlag ist eine Fortschreibung des Status Quo. Bisher handelte es sich (zumindest in bezug auf das HSG) um eine Studienrichtung mit zwei Studienzweigen.*

Antrag Zusammenlegung von Studienrichtungsvertretungen (#5)

Gerhard Schweng

Referent für Bildungspolitik
der Hochschülerschaft an der Universität Wien

Sitzung der Universitätsvertretung der Studierenden der
Hochschülerschaft an der Universität Wien am 13. 10. 2000

Die Universitätsvertretung der Studierenden möge beschließen:

Einrichtung einer gemeinsamen Studienrichtungsvertretung Lehramtsstudium NaWi durch Zusammenlegung der Studienrichtungsvertretung Lehramtsstudium (mit den Unterrichtsfächern Biologie und Umweltkunde, Chemie, Haushaltsökonomie und Ernährung, Mathematik, Physik; Biologie und Warenlehre) mit der Studienrichtungsvertretung Lehramt Informatik, der Studienrichtungsvertretung Biologie und Erdwissenschaften (Lehramt an höheren Schulen) gemäß AHStG und der Studienrichtungsvertretung Biologie und Warenlehre (Lehramt an höheren Schulen) gemäß AHStG gemäß § 20. Abs. 3 und 5 HSG 1998.

Begründung: Die Studienrichtung Lehramt Informatik ist interuniversitär eingerichtet zwischen Technischer Universität Wien und Universität Wien, bei letzterer interfakultär zwischen NaWi- und SoWi-Fakultät. Eine eigene Studienrichtungsververtretung scheint aufgrund der geringen Anzahl der Studierenden nicht derzeit nicht sinnvoll. Außerdem würden die Studierenden es wahrscheinlich nicht verstehen, warum es eine StRV für sechs naturwissenschaftliche Lehramtsstudien gibt und eine eigene StRV für Lehramt Informatik.

Bei den beiden Biologie Lehramtsstudien nach AHStG gilt sinngemäß das beim Studium P.P.P Lehramt genannte (Wahlrecht). Außerdem wurde kein neuer Studienplan für das Unterrichtsfach Biologie und Warenlehre beschlossen – eine Weiterführung dieses Faches ist derzeit in Frage gestellt.

contra :0
Enthaltungen :0
pro :26

Antrag angenommen

Gerhard Schweng zur Protokollierung

Ich sehe es als Lob für meine Arbeit an. Danke

TOP 7 – Berichte der Vorsitzenden

Bericht – Angelika Obermayr / Vorsitzende, AG

Der erste Berichtspunkt: WUV-Wiener Universitätsverlag. Die Fusion der Servicebetriebe und WUV wird Anfang Dezember stattfinden. Die Nominierung der Aufsichtsräte ist über die Bühne, die Vorstandsposten sind ausgeschrieben. Es gab 6 Bewerbungen, drei davon haben die Bedingungen erfüllt. Nämlich ein abgeschlossenes Universitätsstudium - Roland Maier und Thomas Stauffer haben dieses erfüllt und werden wahrscheinlich die Geschäftsführer werden.

Zweiter Berichtspunkt – Kindergarten. Ich werde jetzt den Berichtspunkt „Kindergarten“ verschieben und vielleicht den Mathias bei seinem Bericht über den Kindergarten berichten lassen. Ich habe da auch noch einige Dinge zu sagen, aber die kann auch der Mathias Mühlhofer in seinem Bericht unterbringen.

Ich spare mir angesichts der etwas lauten Atmosphäre und des „Hintern“ des Herrn Lukas Oberndorfer auf meinem Schreibtisch einen detaillierten Bericht zum WUV.

Zum Thema Studiengebühren – ich wollte nur einige Dinge berichten, wir waren also sehr aktiv zum Thema Studiengebühren, wen es genauer interessiert der möchte bitte im langen schriftlichen Bericht nachlesen.

Das war mein Bericht – ich habe noch eine Resolution einzubringen. Die Resolution heißt „Nein zu Studiengebühren“ – Resolution der Hochschülerschaft an der Universität Wien. Der Text liegt auf wer immer daran Interesse hat möge ihn lesen. Danke auf jeden Fall.

Bericht – Brenda Annerl / Stv. Vorsitzende

Projekte

Projektabschlüsse aus dem vergangenen Semester
Projektplanung für das laufende Semester der Referate und Bereich Personal

Fr. Kühner ist in Pension gegangen, als stellvertretender Betriebsrat rückt Fr. Gudrun Guggi nach.

Neue Mitarbeiterin im Beratungszentrum (Elisabeth Neuhauser); derzeit im Probemonat, wird laufend von Fr. Veronika Ereký eingeschult.

Bericht Christoph Luef / stv. Vorsitzender, AG

(Organisationsbereich unter Einschluß von Generalsekretär Johannes Neuberger)

+) Inskriptionsberatung

fand erstmals in der Aula statt ab Mitte September

Allgemeine Beratung: 1 ½ Monate!

schöneres Umfeld als Audimax-Gang, mehr Platz für alle Fakultäten

insgesamt sehr erfolgreich

Lob an Jus, NaWi, SoWi, GeWi: Listen mit Studienrichtungen rechtzeitig bei der allgemeinen Beratung, GruWi war dazu nicht in der Lage, manche Studienrichtungen fast nie anwesend trotz Aushang.

Anregung für nächstes Jahr: schon Anfang September beginnen (bis Mitte September inskribierten bereits 3500 Erstsemestrigel!)

+) Beratungsangelegenheiten

Beratungszentrum erstmals alle 3 Sommermonate täglich (!) geöffnet

Beratung wurde vor allem ab Mitte August sehr stark in Anspruch genommen

Koordinierter Journaldienst aller Fakultätsvertretungen, der von der UV angeregt wurde, hat sich voll bewährt

Beratung im NIG läuft seit Mitte September in der ehem. Bücherbörse, wird sehr gut angenommen (Leute stehen Schlange), dient auch zur Entlastung der Campus-Beratung.

+) Technische und Raumangelegenheiten

Zusammenarbeit mit ZID läuft gut (Telefonumstellungen, Protestfax in der Aula Hauptgebäude), EDV: Netzwerkprobleme im Campus

Ausgezeichnete Zusammenarbeit mit Vizerektor Jurenitsch: Sanierung der Räumlichkeiten Rathausstraße 19-21 für die FV GruWi läuft auf Hochtouren

Sanierung des ÖH Ganges: momentan Instandsetzung der elektrischen Leitungen, Ausmalen wird unter tatkräftiger Mithilfe der ÖH erfolgen

ehemalige Bücherbörse: feuerfeste Zwischenwand muß von der BBD eingezogen werden

Übersiedlung Bücherbörse in den ÖH Gang (gelbe Türe) ist abgeschlossen

+) Sonstiges

Plakatieren, Zettelverteilen, Großkundgebung mitorganisieren, Raumanmietungen für diverse ÖH-Veranstaltungen, Adressbestellungen abwickeln, E-mail-Anfragen beantworten, Broschüren verschicken, ...

Antrag 8 – Angelika Obermayr /AG, „Nein zu Studiengebühren“ Resolution der Hochschülerschaft an der Universität Wien

eingbracht in der Sitzung der UV der Studierenden der Hochschülerschaft an der Universität Wien am 13.10.2000 in Anlehnung an die in der BV beschlossenen Resolution der ÖH.

„Die Hochschülerschaft an der Universität Wien spricht sich entschieden und vehement gegen die Einführung von Studiengebühren aus. Studiengebühren werden von allen sowohl aus gesellschaftspolitischen und auch aus bildungspolitischen Gründen abgelehnt.

Abgesehen von der Maßnahme an sich, verurteilt die ÖH auch das Vorgehen der Regierung, da weder Gespräche noch Verhandlungen mit der Interessensvertretung stattgefunden haben, sondern aus rein budgetpolitischen Gründen die Betroffenen vor offensichtlich vollendete Tatsachen gestellt werden.

Bildung ist der Motor für Fortbestand und Weiterentwicklung der Gesellschaft. Sie schafft selbständige, denkende und kritikfähige Menschen und liefert die nötigen Werkzeuge zum Erkennen, zur Analyse und zur Bewältigung gesellschaftlicher Probleme, Gefahren und potentieller Risiken. Bildung ermöglicht eine Gesellschaft selbstbestimmter Menschen und stellt die Grundlage für ein demokratisches Zusammenleben dar.

Bildung geht uns alle an

Bildung schafft die Möglichkeit für die aktive Teilnahme an der Gesellschaft. Ihre Qualität kann nicht von einer dünnen Elite, sondern nur von der Breite des Zugangs geprägt sein. In einer von Information geprägten Gesellschaft ist Wissen mehr als je zuvor Macht. Diese Macht muss allen Teilen der Gesellschaft zugute kommen. Die Gesellschaft trägt deshalb die Verantwortung für Zugang, Auf- und Ausbau sowie Ausgestaltung der Bildungsinstitutionen. Bildung muss allen Menschen in gleichem Masse zugänglich sein.

Mehrbelastung nicht nur für Studierende

Die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Studiengebühren in der Höhe von ATS 10.000.— pro Jahr stellen eine gewaltige zusätzliche Belastung für Familien – selbst mit mittleren und höheren Einkommen – dar.

In einer Familie mit drei stud. Kindern und einem Nettoeinkommen von ATS 30.000.— (entspricht einem Bruttoeinkommen von über ATS 50.000.--) muss ein Nettomonatsgehalt allein für die Studiengebühren der Kinder aufgewendet werden. Das entspricht einem Einkommensverlust von über 6 %.

Wortbruch der Bundesregierung

Mit dem Beschluss im Ministerrat, Studiengebühren einzuführen, hat die Regierung einen weiteren wichtigen Baustein des freien Hochschulzugangs zerschlagen. Unter dem Mantel der sozialen Treffsicherheit hat die wortbrüchige Regierung die Studierenden über Nacht mit Studiengebühren für alle belegt. Ohne Diskussion mit den Betroffenen und ohne bildungspolitisches Konzept hat die Regierung eine rein budget-kosmetische Geldbeschaffungsmaßnahme gesetzt, die nicht zu einer Reformierung der Organisationen an den Universitäten führen wird.

Darüber hinaus werden vom Ministerium eindeutig falsche Zahlen und Argumentationen verwendet. Nach Expertenmeinung werden die Einnahmen der Studiengebühren zwischen 0,9 und 1,4 Mrd. Schilling liegen; das ist weit entfernt von den kolportierten 2 Mrd. Außerdem schließt der Bericht zur sozialen Treffsicherheit eindeutig die Abschaffung der Familienbeihilfe aus, somit ist die Argumentation der Regierung, dass man das kleinere Übel gewählt habe, eindeutig falsch.

Universitätsreform statt Studiengebühren

Die Hochschülerschaft an der Universität Wien bekennt sich zu den Zielen, die Universitäten zu reformieren, allerdings sind Studiengebühren keine Universitätsreform, sondern werden an den Strukturen nichts ändern.

Einzig der Verschulung werden die Gebühren weiter Vorschub leisten, da sich die Studententätigkeit nur auf die Absolvierung des Pflichtprogramms in möglichst kurzer Zeit konzentrieren wird. Dadurch wird aber eines der Ziele universitärer Bildung verfehlt, nämlich sich auch über den eigentlichen Horizont des Faches hinaus, kritisch mit Bildung, Wissenschaft und Gesellschaft auseinander zu setzen.

Die Regierung soll sich daher an ihre Versprechen erinnern, dass es keine Studiengebühren geben wird, und anstelle dessen die wichtigen Strukturmaßnahmen im Universitätsbereich umsetzen. Hier wären dringende Änderungen zum Beispiel des Dienstrechts oder der Verwaltung nötig, die in ihrer Gesamtheit dem Bildungssystem und somit der Gesellschaft weit mehr Nutzen bringen, als eine nicht durchdachte und kurzfristige fiskale Maßnahme auf Kosten der wichtigsten Ressource einer Volkswirtschaft – der Bildung.

Studiengebühren kommen für die Hochschülerschaft an der Universität Wien unter keinen Umständen in Frage. Auch wenn die Universitäten in die Vollrechtsfähigkeit entlassen werden und eine umfassende Universitätsreform ihre Wirkung zeigt.

Studium auch jetzt nicht kostenlos

Bereits in den vergangenen Jahren wurden viele soziale Hürden für Studierende beschlossen und umgesetzt. Mit den Maßnahmen sind viele Studierende zu mehr Berufstätigkeit neben ihrem Studium gezwungen worden. Die von der Bundesregierung anvisierten Ziele der Studienzeitverkürzung und Verringerung der Dropout-Raten werden auch von der ÖH verfolgt, allerdings werden Studiengebühren in die entgegengesetzte Richtung arbeiten. Der erhöhte finanzielle Druck wird zu längeren Studienzeiten und höheren Abbruchraten führen.

Viele Studierende leben jetzt schon knapp an oder sogar unter der Armutsgrenze und bereits jetzt müssen 32 % der Studierenden dauernd arbeiten, um sich das Studieren überhaupt leisten zu können; diese Tendenz wird sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen.

Bildungs- und sozialpolitische Konsequenz

Studiengebühren sind eindeutig ein negatives Signal für die notwendige höhere Bildungsbeteiligung (Akademiker- und Akademikerinnenquote in Österreich beträgt 7%). Der soziale Numerus Clausus bei Studiengebühren ist unbestritten. Er stellt primär eine Barriere für Studierende aus Klein- und Mittelverdienerfamilien dar (52,3% der Eltern der Studierenden haben ein Einkommen unter 30.000 netto/Monat;

ein Drittel liegt sogar unter ATS 20.000.—Haushaltseinkommen). Studiengebühren belasten zudem besonders berufstätige Studierende, da diese durch längere Studienzeiten insgesamt weit höhere Gebühren entrichten müssen. Eine Studienwahl nach Interesse und Begabung wird immer unwahrscheinlicher, da Studiendauer und Kostenargumente vorrangig sein werden. Frauenpolitisch ist mit der Einführung von Studiengebühren ein massiver Rücktritt zu erwarten.

Studierende bringen Leistungen

Die ins Treffen geführte „Bereinigung der Studierendenzahlen“ ist eine rein stat. Größe. Aus verschiedenen Gründen bleiben heute viele Studierende inskribiert, obwohl sie ihren Lebensmittelpunkt woanders haben. Diese Studierenden nehmen aber eine Ressourcen der Universität in Anspruch, soziale Leistungen wie Stipendien und Familienbeihilfe sind an einen Leistungsnachweis gebunden. Alle anderen, die die Angebote der Universitäten in Anspruch nehmen, müssen auch dementsprechende Leistungen in Form von abgelegten Prüfungen erbringen.

Dieser Leistung der Studierenden steht allerdings keine garantierte Gegenleistung der Universitäten gegenüber. Auch mit Einführung von Studiengebühren werden Studierenden auf Laborplätze warten müssen oder Prüfungstermine erst Semester später bekommen und dadurch Zeit im Studium verlieren.

Hinkender internationaler Vergleich

Tatsächlich sind einheitliche Studiengebühren in der vorgeschlagenen Höhe von ATS 10.000.—in der EU die Ausnahme. In den meisten Ländern werden die Kosten für die Studiengebühren im Rahmen von Ausbildungsförderungen an die Studierenden wieder zurückgegeben. In Irland wurde Studiengebühren 1996 wieder abgeschafft, da sie zu Ungerechtigkeiten beim Universitätszugang führten.

Außerdem lassen sich die Bildungssysteme der verschiedenen Staaten nur schwer vergleichen, da in allen Ländern, in denen des Studiengebühren gibt auch das Beihilfensystem weitaus besser dotiert ist als in Österreich. So erhalten in Großbritannien 60 % der Studierenden Stipendien, in Österreich sind es gerade mal 12 %.

Die Hochschülerschaft an der Universität Wien fordert daher die Bundesregierung – allen voran den Bundeskanzler und die zuständige Bildungsministerin Gehrler – auf, sich ihren Fehler einzugestehen und die geplanten Studiengebühren nicht einzuführen. Der Tabubruch um des Tabubruchs Willen ist entschieden abzulehnen und die Hochschülerschaft an der Universität Wien wird sich diese Maßnahme nicht kampfflos gefallen lassen. Die demokratischen Mittel, die den Studierenden zur Verfügung stehen, werden eingesetzt werden, um die geplante Einführung der Studiengebühren zu verhindern.“

Antrag 8 zur Abstimmung

contra : 0

Enthaltungen : 1

pro : 25

Antrag angenommen

Antrag 9 – Gerhard Schweng/AG

**Resolutionsantrag „Studiengebühren und die Forschung in Österreich“,
eingebracht von Gerhard Schweng/Referent f. Bipol, Bettina
Baminger/Vorsitzende NAWI, Justus Jodlbauer/Vorsitzender d. STRV Doktorat
NAWI**

Die UV der Studierenden möge folgende Resolutionsantrag beschließen:

„Die Einführung der Studiengebühren stellt einen weiteren Anschlag auf die österr. Forschung dar. Schon im letzten Jahr wurde die Forschungsförderung massiv gekürzt was vor allem für Diplomandinnen und Diplomanden, sowie Dissertantinnen und Dissertanten gravierende Nachteile gebracht hat.

Die Forschung an den österr. Universitäten wird vor allem im naturwissenschaftlichen Bereich sehr stark durch junge Wissenschaftler getragen. Diplomarbeiten und Dissertationen und die daraus entstehenden Publikationen bilden einen wesentlichen Teil der naturwissenschaftlichen Forschungsleistung.

In den naturwissenschaftlichen Fächern sind eine Diplomarbeitsdauer von über einem Jahr und eine Dissertationsdauer von durchschnittlich drei bis vier Jahren die Regel. Daraus folgen natürlich auch sehr lange Studienzeiten (so sind 10 Jahre Studienzzeit bis zum Doktorgrad keine Seltenheit).

Das liegt jedoch nicht an der Faulheit der Studierenden der Naturwissenschaften. Auch nicht am „Herumbummeln“.

Nur sehr wenige Doktoratsstudierende verfügen über eine Anstellung als Universitätsassistent. Ein Teil wird über wissenschaftliche Projekte finanziert, die jedoch nur sehr selten über die gesamte Dauer einer Dissertation laufen. Ein Teil bekommt überhaupt keine Entlohnung.

Durch die Einführung der Studiengebühren wird die finanzielle Situation der Doktoranden der Naturwissenschaften noch zusätzlich verschärft – viele werden sich ein Doktoratsstudium nicht mehr leisten können – den Anspruch auf Sozialleistungen haben sie nämlich aufgrund ihres Alters und des Überschreitens der zulässigen Studiendauer schon längst verwirkt.

Die Arbeitszeit einer Dissertantin oder eines Dissertanten liegt in den Naturwissenschaften bei durchschnittlich 60 Stunden in der Woche (wobei sehr viele auch am Wochenende an ihrer Dissertation arbeiten) – ein „Nebenjob“ ist daher schon aus Zeitgründen unmöglich!

Weniger Dissertanten bedeutet jedoch auch zwangsläufig weniger Forschungsleistung. Der Wissenschaftsstandort Österreich wird dadurch in Abseits geraten und österr. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden aus einem Land kommen, das in der internationalen Forschungslandschaft nur einigen wenigen bekannt ist.

Die Universitätsvertretung der Studierenden der Hochschülerschaft an der Universität Wien fordert daher die Bundesregierung und den Nationalrat auf, den Raubzug auf

die österr. Forschungs- und Bildungspolitik einzustellen, die Forschungsförderung zu erhöhen und Studiengebühren nicht einzuführen.

Diese Resolution ist an die Wissenschaftssprecher der vier Parlamentsparteien, an den Vorsitzenden der Rektorenkonferenz und an die Mitglieder der Bundesregierung zu übermitteln.“

Antrag 9 zur Abstimmung

contra : 0

Enthaltung : 6

pro : 19

Antrag angenommen

Antrag 10 – Philipp Hohensinner/AG

Antrag der AG Uni Wien eingebracht in der Sitzung der UV der Studierenden der Hochschülerschaft an der Universität Wien vom 13.10.2000

„Die Situation von Studierenden mit Kind ist im Moment bereits sehr schwierig. Durch die bestehenden Grenzen im Beihilfesystem beziehen derzeit nur 17,2 % der Frauen Stipendien. Der Anteil der Erwerbstätigen Studierenden ist unter Studierenden mit Kind besonders hoch. Das Studium in der für die Beihilfe verlangten Zeit ist für viele Eltern nicht möglich. Die Umstellung der Lebensverhältnisse nach der Geburt (Pflege des Kindes, Organisation einer Kinderbetreuung wie Tagesmütter, Kindergruppen, Babysitter, Nebenjob,.....) führen unweigerlich zu einer Studienverlängerung.

Studiengebühren werden die bereits schwierige Situation für Studierende mit Kind noch weiter verschlechtern.

Die Universitätsvertretung der Studierenden fordert dass in Zukunft mehr Studierende mit Kind Anspruch auf Sozialleistungen haben. Außerdem verlangt sie von der Bundesregierung die Rücknahme der Einführung von Studiengebühren, da diese für Studierende mit Kind ein Studium de facto unmöglich machen.“

Antrag 10 zur Abstimmung

contra : 0

Enthaltungen : 0

pro : 26

Antrag angenommen

Antrag 11 – Angelika Pipal/AG

Antrag der AG Uni Wien eingebracht in der Sitzung der UV der Studierenden der Hochschülerschaft an der Uni Wien vom 13.10.2000.

„Angesichts der sich stetig beschleunigenden Internationalisierung des kulturellen, wissenschaftlichen und ökonomischen Austausches kommen den Sprach- u.

Kulturwissenschaften im universitären Kontext eine erhöhte Bedeutung zu. Gerade Studienrichtungen wie beispielsweise Orientalistik oder Sinologie tragen nicht nur zur intensivierten Völkerverständigung bei, sondern stellen für österr. Studierende hervorragende Möglichkeiten zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen im internationalen Vergleich dar.

Eine Beschneidung oder gar Abschaffung dieser Studienrichtungen, wie unlängst von Finanzminister Grasser in den Mediengefordert, würde eine immense Schädigung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Österreich bedeuten und einen offenen Angriff auf die universitäre Vielfalt darstellen.

Entgegen andersgearteten Aussagen ist die Republik Österreich nämlich keine „Insel der Seligen“, sondern ein kleiner Staat, der von der Qualifikation und geistigen Offenheit seiner Jugend in entschiedenem Ausmaß profitiert.

Die Universitätsvertretung der Hochschülerschaft an der Universität Wien fordert somit von Wissenschaftsministerin Gehler ein klares Bekenntnis zu diesen „Orchideenfächern“ und eine entschiedene Distanzierung von den Äußerungen ihres Regierungskollegen Grasser.“

Antrag 11 zur Abstimmung

contra : 0

Enthaltung : 0

pro : 26

Antrag angenommen

Antrag 12 – Martin Koschat/FLUW

„Die Vorsitzenden der HochschülerInnenschaft der Uni Wien werden angewiesen, umgehend die Zahlung der angefallenen Kosten für die Kanzlei Prader & Plaz in der Sache Anna El-Nagashi, Ulrike Komzak und Martin Koschat gegen Kurt Rützler und Oliver Märk durchzuführen, so wie es in der schriftlichen Kostenübernahmeerklärung durch die Vorsitzenden der HochschülerInnenschaft an der Uni Wien vom 2.6.1999 vereinbart wurde.

Begründung:

Ende Mai 1999 wurden Anna El-Nagashi, Ulrike Komzak und Martin Koschat, damals MitarbeiterInnen der UV Uni Wien für LesBiSchwule und TransGender Belange (im Referat für homo-, bi- und transsexuelle Angelegenheiten) im Zuge ihrer Tätigkeit für die UV Opfer verbaler Übergriffe in Form von e-mails und Briefen. Im Sinne einer emanzipatorischen Politik, die die Rechte und Würde von Minderheiten wahren will, einerseits, und im Zuge einer Schutzfunktion der HochschülerInnenschaft Uni Wien gegenüber den eigenen MitarbeiterInnen andererseits wurde damals mit den Vorsitzenden vereinbart, einen Strafprozess nach §§ 111, 115 StGB anstreben, wobei die HochschülerInnenschaft an der Uni Wien eine Kostenübernahmeerklärung für anfallende Prozess- und Anwaltskosten abgab, um den Opfern die Möglichkeit zu bieten, sich gegen die gewaltsamen Übergriffe zu wehren.

Im folgenden die E-mails und Briefe an die Opfer, die damals aufgrund gewichtiger Verdachtsmomente Herrn Kurt Rützler und Herrn Oliver Märk zugeschrieben wurden, im Wortlaut:

E-mail vom 21.5.1999:

„Verdammtes perverses Gesindel, verrecken sollt ihr alle, aber zum Glück gibt es ja AIDS.“

E-mail vom 21.5.1999:

„Eurer Referat ist eine verdammte Schande. Alle anständigen Studenten sollten sich derart unzüchtigem, perversen und nicht der Art des Menschen entsprechenden Verhalten distanzieren. Ich hoffe dass AIDS für Euch die Strafe Gottes sein möge, die uns von der Verpestung der Welt durch Euch erlösen möge.“

Anonymes Schreiben, in der Zeit erhalten:

„Hallo! Elendigliches Schwuchtelgesindel, es ist eine Schande, dass ihr euch nicht schämt ein solches Referat aufrechtzuerhalten. Ihr habt Glück, dass wir in Österreich so tolerant sind und jedes Unkraut gedeihen lassen. Die guten Zeiten, als man noch wusste, was gut und böse sind, scheinen vorbei zu sein, seid euch aber nicht allzu sicher, dass sich die Geschichte nicht wiederholen kann. Ich hoffe das auf jeden Fall, damit die Menschheit endlich von menschlichem Müll befreit wird und die ordentlichen Menschen, wozu 95% der Bevölkerung zählen wieder frei leben könne. Wieso muss man sich einer Minderheit von vielleicht 1-2 % der Gesamtbevölkerung, die entartet sind, beugen. Das ist Diktatur und hat mit Demokratie nichts zu tun. Demokratisch und einem Rechtsstaat würdig wäre es das Schwuchtel- und Lesbengesindel aus der menschlichen Gesellschaft zu beseitigen und in Umerziehungsanstalten einzuweisen. Elendige, triebhafte, nur vom Sexualtrieb gesteuerte Perverse schwuchelt weiter, so lange ihr noch könnt.“

Im Zuge der sich lange dahinschleppenden Ermittlungen konnten die Verdachtsmomente gegen Herrn Rützler und Herrn Oliver Märk nicht erhärtet werden, weshalb sich die Opfer in Rücksprache mit Dr. Prader entschlossen, die Sache nicht weiter zu verfolgen.

Nach Abschluss der Angelegenheit jedoch weigern sich nun die Vorsitzenden der UV Uni Wien, die Zahlung für die Kanzlei Prader und Plaz- wie eigentlich in der schriftlichen Kostenübernahmeerklärung (siehe Anlage zum Antrag) vereinbart – zu übernehmen und wälzen die angefallenen Kosten auf die drei Betroffenen ab.

Damit fügen die Vorsitzenden der UV Uni Wien zur bereits erlittenen Verletzung der Opfer des Übergriffes und der nicht einbringbaren rechtlichen Wiedergutmachung auch noch eine finanzielle Belastung hinzu.

Die politische Botschaft, die dabei mittransportiert wird, ist eindeutig :

Minderheiten müssen es sich gefallen lassen, angegriffen, angefeindet und diffamiert zu werden. Und wenn sie es wagen sich dagegen zu wehren, werden och zusätzliche Belastungen auf sie gewälzt.

Anstatt hier Angehörige von Minderheiten zu unterstützen und den Kampf gegen Ausgrenzung und Diskriminierung mitzutragen, setzt die UV Uni Wien somit ein Zeichen für Unterdrückung, Ruhigstellung und Ausgrenzung von Minderheiten.“

Die antragsstellende Fraktion vertritt die Ansicht, dass dies nicht vertretbar ist und stellt aus rechtlichen, politischen und moralischen Gründen obigen Antrag.
Kostenübernahme siehe Buchhaltung. (2.6.99)

Antrag wurde zurückgezogen

Sitzungsunterbrechung 16.09 Uhr bis 16.21 Uhr

Ertl Lukas /VSSTÖ – Stimmübertragung an Jürgen Pfeffer (16.22 Uhr)

Protokollierung zu Antrag 8 – Bettina Schwarzmayr/VSSTÖ

Dieser Antrag war sehr ausführlich und sehr gut, und es war trotzdem ein sehr eindeutiges Abstimmungsergebnis, nur finde ich die momentane Kampagne „Studienreform statt Studiengebühren“ konterkariert das ganze ein bisschen, weil dieser Slogan einfach suggeriert, dass wir sehr wohl bereit wären an einer reformierten Universität die Studiengebühren zu zahlen, als all den Argumenten die in diesem Antrag angeführt worden sind, geht aber nicht heraus, dass wir das jemals zahlen würden, insoferne finde ich die Kampagne absurd, wundere mich auch, das dann auch in dieser Art und Weise das Geld dafür eingesetzt wird. Möchte darauf hinweisen, dass man diese Studiengebühren vermutlich nur verhindern kann, indem man größere Protestmaßnahmen ergreift, vor allem Protestmaßnahmen die auch der Wirtschaft weh tun, die die Bundesregierung auch spürt, die sie nicht nur kitzelt, diese Protestmaßnahmen sind vermutlich etwas zeitaufwendig und daher möglich, wenn man die Vorlesungen nicht besucht, die Vorlesungen nicht besuchen bedeutet aber, dass ich meine Studienbeihilfe verliere, dass ich meine Familienbeihilfe verliere, dass heißt insoferne wäre es sinnvoll, intensiven Kontakt mit den Lehrpersonal aufzunehmen, intensiven Kontakt mit den Lehrenden zu haben um zu schauen, ob man nicht gemeinsam größere Protestmaßnahmen gibt, wann man eine Kampagne vor die als erstes gleich Schlagworte bringt, die gegen, vor allem gegen den Mittelbau gehen, nämlich die Vorschläge zur Dienstrechtsreform, dann werden wir diese Art der Solidarisierung nicht schaffen; d.h. die Kampagne die gefahren wird, schlägt genauso in die Entsolidarisierung ein, wie unsere Regierung betreibt, d.h. ich befürchte, ich sehe schwarz, dass diese Studiengebühren wirklich verhindert werden mit solchen Kampagnen, vor allem glaube ich nicht, dass es eine Regierung irgendwas juckt, wenn es auch sehr viele Unterschriften gegen Studiengebühren gibt, diese Unterschriften werden zweifellos zustande kommen, nur wenn die Regierung also irgend eine Regierung auch alte schon egal schon was bei Volksbegehren herausgekommen ist, warum soll dann irgend ein Bildungsmanifest oder meine Unterschrift für eine Gratisbildung irgendwas ausmachen. Und ich finde es sehr schade, dass die Kampagnen der ÖH nicht diesem sehr gutem und durchaus detaillierten Antrag entsprechen.

Protokollierung zu Antrag 8 – Angelika Obermayr/AG

Ich hätte dieses Thema gerne vorher lange und ausführlich und gemeinsam diskutiert, aber wir haben „Die Internationale“ gehört, wodurch wir leider nicht zum Diskutieren gekommen sind. Meine Protokollierung von vorher muss ich insoferne noch ausbessern als mir eingefallen ist, dass wir trotz einer Enthaltung glaube ich ein einstimmiges Abstimmungsergebnis haben, trotzdem wundert es mich, dass ein Mandatar sich dieser Resolution nicht anschließen konnte.

Protokollierung zu Antrag 12 – Martin Koschat/FLUW

Nach ausführlichen Pausengesprächen möchte ich jetzt etwas zur Protokollierung geben. Ich ziehe den Antrag für diese Sitzung zurück, möchte aber, dass er im Protokoll verbleibt, sowie ich auch die Protokollierung der Begründung nicht zurückziehen möchte. Es hat Angebote gegeben konkret das Gespräch zu suchen mit dem Betroffenen. Ich liefere hier jetzt einen Vertrauensvorschuss, es klingt blöd, sagen wir einmal ich liefere eine Erwartungshaltung, nämlich das ihr auch wirklich aktiv das Gespräch mit dem Betroffenen gesucht wird um eine Lösung zu finden die für alle befriedigend ist. Das schließt für mich aber auch ein, dass jemand der Arbeit geleistet hat und der Rechtsanwalt hat Arbeit geleistet, diese auch abgegolten bekommt. Und das ist der Grund, warum ich mich vorhin so daran gestoßen habe, wie argumentiert worden ist von deiner Seite Mathias, weil ich mir denke da geht es nicht darum irgendjemand eines auszuwischen. Ich denke mir im Sinne von einem Fairplay ist es auch fair Leuten die Arbeit leisten, diese auch abzugelten. Und insofern hoffe ich, dass von euch aus aktive Schritte auf die Anna, die Ulli und mich auf alle drei Betroffenen und jetzt nicht nur auf mich, darum geht es mir auch, dass von euch aus aktive Schritte auf uns zukommen um eine Lösung für dieses Problem zu finden.

TOP 8 – Berichte der Referentinnen und Referenten

Bericht Kata Mazalin – Referentin für Ausl. Studierende

Ich fange mit den alltäglicheren Themen an. Wir haben den ganzen September Inskriptionsberatung geführt. Getrennt für die Ausl. Studierenden vor der Studienabteilung. Es war sehr nützlich und wird auch in der Zukunft weiterhin so machen. Ein weiterer positiver Punkt ist, dass ab dem Semester in Kooperation mit der Studienabteilung, jeder der einen positiven Zulassungsbescheid bekommt, bekommt jetzt auch einen Begrüßungsbrief von mir, wo ich die Leute darauf hinweise, dass es ein Referat für Ausl. Studierende gibt und das man bei uns mit Problemen, Fragen, Informationssuchend, eigentlich mit allen Sachen was sie halt nicht wissen zu uns kommen können. Dieser Brief hat auch schon eine Wirkung gezeigt, ich habe schon den ganzen September, August und Oktober Unmengen von Mails, Faxen und Briefen und pers. Anfragen bekommen. Ich finde das ist eine sehr sehr gute Sache. Die Leute finden uns jetzt, die wissen jetzt wo wir sind und wer wir sind und ich finde, dass wir wirklich vielen Leuten dadurch helfen konnten.

Die grenzenlos – Aktion was noch im Juni stattgefunden hat, davon wird es später noch einen schriftlichen Bericht geben. In Zukunft wird es in er Form nicht mehr gehen, allerdings haben wir von der Südwindfestival schon eine Anfrage bekommen, weil sie im Juni schon damals, 2 Wochen vor unserer Veranstaltung ein ähnliches Fest veranstaltet haben. Wir werden dann wahrscheinlich als Mitveranstalter einsteigen bei dem nächsten Südwindfest ganz aktiv mit Beiträgen und Informationsstand und mit allem Drum und Dran. Es gab auch Einzelfälle die ich aber jetzt nicht auflisten werde, die aber auch auf Grund der guten Zusammenarbeit die ich inzwischen mit der Studienabteilung aufgebaut habe auch gelöst werden konnte und das ist für die einzelnen Personen sehr hilfreich gewesen, diese Leute sind dann alle schon zu mir gekommen und haben dann ein sehr großes Dankeschön an uns ausgerichtet. Ich finde das ist super, das sind teilweise Österreicher die im Ausland gelebt haben und jetzt zurückkommen und die auch jetzt von dem Gesetz getroffen werden, dass sie einen Studienplatz von dem Land in dem sie maturiert haben vorweisen müssen, als Österr. Staatsbürger auch, und sie können das nicht machen,

wir haben das bei 2 Einzelfällen erreicht, dass sie trotzdem zugelassen werden und ich glaube es ist auch etwas sehr gutes.

Als nächstes Projekt, mein Hauptprojekt wollte ich eigentlich dem Medizinerproblem widmen und zwar es ist die Situation ziemlich unerträglich schon, dass die nicht EU-Staatsbürger nach Beendigung des Medizinstudiums weder einen Turnusplatz noch eine Facharztausbildungsstelle bekommen können. Dies muss jetzt irgendwie geklärt werden wie es dann nachher ausschauen soll. Bei den Juristen bekomme ich jetzt sehr widersprüchliche Meldungen ob es jetzt offiziell jemand einen Gerichtsjahrplatz ohne EU-Staatsbürgerschaft bekommen kann oder nicht. Offiziell geht es allerdings angeblich nicht, ich höre aber immer wieder von Fällen die es bekommen haben. Das muss jetzt einfach geklärt werden und das werde ich auch sehr stark in diesem Semester angehen, allerdings sind jetzt die Studiengebühren dazwischen gekommen und zu den Studiengebühren möchte ich noch ein paar Worte mehr sagen, und zwar als aller erstes, wo ich selber auf der Demo war habe ich es sehr schade gefunden, dass es vor dem Parlament bei der Kundgebung und auch auf dem Ballhausplatz kein einziges Wort über die Ausländer gefallen ist, keine einziger Redner der Fraktionen u. Redner hat es erwähnt, wie gesagt vor der Uni war ich zwar dort aber ich habe die Redenden nicht wirklich gehört, da weiß ich nicht was alles gesagt worden ist, ich habe das Gefühl, dass das anscheinend da die Österreicher auch getroffen werden und da jetzt keine Fraktion jetzt vom Thema Ausländer ein politisches Kapital schlagen kann, deswegen werden wir auch gar nicht erwähnt, und zwar nicht einmal von der Regierung. Von der Regierung sind wir komplett ignoriert worden, wie wenn es ca. 30.000 Ausl. Studierende nicht einmal geben würde. Bis heute haben wir nicht einmal gewusst was die Regierung in Sache Studiengebühren mit den Ausl. Studierenden vor hat. Heute haben wir die Novellierung gelesen und das ist noch schlimmer als wir es erwartet haben. Zur Zeit schaut es so aus, dass die Studierenden die bis jetzt ATS 4.000.—zahlen mussten, das sind die Hochschultaxen und die nicht befreiten, das sind die Amerikaner, die Japaner, die Russen, die Studierenden aus Rumänien, Ukraine, Australien, Kanada und halt noch ein paar Länder, die zahlen in der Zukunft ATS 10.000.--/pro Semester, also nicht einmal ATS 9.000,-- was wir angenommen haben. Die Staatsbürger von den Entwicklungsländern zahlen in der Zukunft nichts, also ATS 0,-- nicht einmal ATS 5.000.— das hängt mit den Entwicklungsprogramm zusammen, das ist weiterhin erreicht worden. Und alle anderen EU-Länder und diejenigen die zur Zeit noch ein Abkommen, auf Grunde die bilateralen Abkommens noch befreit sind von den Hochschultaxen, die werden in Zukunft halt dann ATS 5.000.— wie die Österreicher zahlen müssen. Nur ein großes Problem ist, dass dieses zwischenzeitliche Abkommen, dass sind die Länder Polen Tschechien, Ungarn, alle jugosl. Nachfolgestaaten, Slowakei, Bulgarien u. vielleicht habe ich noch ein paar ausgelassen, diese Abkommen laufen fast alle in dieser Zeit, 2001 ab. Ob sie verlängert werden, das ist sehr zweifelhaft, weil wenn Österreich schon ATS 5.000.— Gebühren einhebt, dann werden diese Länder alle dann sagen, warum soll ich den Österreichern in meinem Land die Studiengebühren erlassen. Also das wird höchstwahrscheinlich das bedeuten, dass auch diese Länder praktisch ab dem SoSe 2001 oder 2002, ich weiß es jetzt nicht ganz genau, die werden dann auch ATS 10.000.— zahlen müssen pro Semester. Ich rechne deswegen mit einer ganz ganz signifikanten Abnahme von den Studierenden aus diesen Staaten, besonders aus den ehemaligen Ostblockstaaten ATS 5.000.— ist schon viel genug, ATS 10.000.— pro Semester ist noch mehr von diesen Ländern wird sicherlich 70 % weniger sein. Das ist zur Zeit über 30 % von allen Studierenden, bei den EU-Staatsbürgern zahle ich auch mit einer Zurücknahme. Man darf es nämlich nicht vergessen, dass jeder

Ausl. Studierende der nach Österreich kommen will einen Studienplatz von seinem Heimatland nachweisen muss. Also es ist nicht so, dass ich herkomme weil ich meinen Aufnahmebedingungen in meinem Heimatland irgendwie entfliehen muss, sondern ich muss zu Hause die Bedingungen erfüllen und so nach Österreich zu kommen noch dazu so viel zu zahlen werden das werden sich einerseits viel weniger Leute leisten können, diejenigen die es sich leisten können werden nicht mehr nach Österreich kommen, die meisten werden nach Amerika die Kinder schicken oder nach Deutschland oder nach Großbritannien oder nach Frankreich, aber nicht nach Österreich. Das ist natürlich eine Meinung von mir aber das sind auch andere Meinungen aber ich finde das die Internationalität darunter sehr stark leiden wird. Vielleicht ist das auch, dass auch das Ziel der Regierung, es ist höchstwahrscheinlich den gerecht, dass besonders von den Ostblockstaaten die halt jetzt die potenzielle Gefahr bei der EU-Erweiterung darstellen, dass gerade wir, mich betrifft das natürlich auch, entweder unser Studium hier abbrechen werden oder halt gar nicht neu anfangen werden. Wie diese ganze Regelung gerecht ist, also praktisch dies sind die Ausl. Studierenden sehr stark gruppiert, einerseits die Entwicklungsländer-Staatsbürger würden nichts zahlen, würde diese als Opfer der Stimmungsmacher ausgenutzt werden, ich meine da werden sicherlich dann Stimmen von österr. Studierenden kommen warum zahle ich ATS 5.000.— und warum zahlt ein Afrikaner dann nichts. Das nehme ich an, dass dies ein Problem in der Zukunft noch sein wird. Warum aber auch andere ATS 10.000.— zahlen müssen wo sie bisher ATS 4.000.— warum sie praktisch ATS 1.000.— dazulegen das verstehe ich auch nicht das ist auf jeden Fall sehr sehr ungerecht und noch dazu ist natürlich hat die Frage, dass die Studierenden aus den Drittstaaten, also praktisch die nicht EU-Staatsbürger nicht arbeiten dürfen daneben, das ist noch eine sehr sehr erschwerende Sache, die Situation von den Ministerium, von der Regierung haben wir jetzt noch keine Information darüber ob es halt sich ändert, die Info die wir bis jetzt hatten zeigt nicht in die positive Richtung und was ich auf jeden Fall halt noch angehen möchte, dass es Leistungsstipendien für Ausl. Studierende ausgeweitet werden. Zur Zeit dürfen Leistungsstipendien von Ausl. Studierenden in Anspruch genommen werden und ich finde das deswegen schlecht weil die Leistung unabhängig von der Staatsbürgerschaft einfach dotiert werden sollte. Das Problem ist, dass das Leistungsstipendium noch mit dem Studienförderungsgesetz gekoppelt ist u. da sind natürlich österr. Staatsbürger vorgeschrieben, als Stipendienbezieher. Wir werden auf jedem Fall noch den Rektor Winckler ansprechen, ob halt die Uni selber von eigenen Mitteln Leistungsstipendien irgendwie bereitstellen könnte. Wie gesagt z.Z. sind die Infos immer noch nicht klar, weil niemand es wichtig findet, das die Ausl. Studierenden es hier gibt, ich hoffe, dass ich bei der nächsten Sitzung mehr sagen kann, und ich hoffe, dass es nicht noch mehr in die negative Richtung geht. Danke!

Martin Koschat/FLUW

Ich hoffe, ich blamiere mich nicht, ich war kurz in Gedanken abwesend, eine Frage nachdem ich jetzt eh schon einige Zeit scheinbar nicht mehr so viel mitbekomme, das „MAP-Programm“ auf dem Vorstudienlehrgang, läuft das noch und wie schaut da die Entwicklung aus derzeit. Kannst Du da ein bisschen was sagen?

Kata Mazalin/Ref. f. Ausl. Studierende

Das „MAP-Programm“, wenn es jemand nicht weiß, das ist das „Muttersprachliche Ansprechpartner Projekt“ vom Vorstudienlehrgang der Wiener Universität geführt wird. Es ist jetzt auch weitergeführt von uns ich habe selber einen kleinen Vortrag bzw. eine kleine Informationsrunde noch im Juni gegeben am Vorstudienlehrgang,

das war für die Studierenden die dort gerade dem Abschluß näherten. Und jetzt war letzte Woche ein Treffen und da war ein Mitarbeiter von mir und er sagte es ist auch sehr gut verlaufen. Es läuft weiterhin, das gehört noch zu meinem Bericht dazu, das habe ich vergessen. Es war danach praktisch. Zusammen mit dem ÖAD u. mit dem Entwicklungszusammenarbeitsreferat vom ÖAD u. vom Vorstudienlehrgang gab es von der Universität eine Taxenrefundierung vom Vorstudienlehrgang und zwar, mit dem Auswahlverfahren war ich auch eingeladen zusammen mit dem Dr. Poppen von der ÖAD und von der Frau Dir. Kreiner vom Vorstudienlehrgang haben wir die Kandidaten ausgewählt. Es haben auch über 20 Personen teilweise die Kursgebühren von den Vorstudienlehrgang refundiert bekommen. Da waren wir halt auch aktiv dabei, das wollte ich auch nur sagen. Wir haben schon wieder Kontakt mit dem Vorstudienlehrgang aufgenommen.

Martin Koschat/FLUW

Zusatzfrage - Nach welchen Kriterien habt ihr die ausgewählt?

Kata Mazalin/Ref. f. Ausl. Studierende

Ich habe es schon angegeben teilweise. Es durften nur Staatsbürger von Entwicklungsländern sein, also da war praktisch schon ein Teil entfallen, allerdings die Türkei war auch dabei und es war die Leistung einerseits und Engagement und auch die soziale Situation, wobei ich immer wieder halt das Ansprechen muss, dass die soz. Situation bei Ausl. Studierenden sehr schwer eruiert ist, da wir offizielle alle ATS 70.000.— für die Aufenthaltserlaubnis nachweisen müssen. Inoffiziell es aber die wenigsten wirklich in der Hand haben, deswegen ist es sehr schwer eine wirkliche Soziale Situation festzustellen. Entweder sage ich, ich habe kein Geld, das meistens stimmt, ich komme irgendwie durch, dann sagt mir die Polizei dann geh heim, weil du die ATS 70.000.— nicht nachweisen kannst, oder ich sage ich habe ATS 70.000.--, und dann kann jeder sagen schau dann ist deine Soz. Lage nicht so schlecht. Also da haben dann alle ein Anmeldeformular ausfüllen müssen. Wir haben die Ergebnisse von den Deutschprüfungen angeschaut wie sie das halt beendet haben. Es gab natürlich diejenigen die durchgefallen sind bei der Prüfung die sind natürlich aufgefallen. Und wir haben, damit wir mehr Leuten was geben können, haben wir mehr Leute hineingenommen, damit mehr Leute nicht die volle Kursgebühr bekommen. So war das dann.

Bericht - Mag. Herta Spitaler/Referentin für Seniorenstudierende

Ihr könnt euch vorstellen, dass die Studiengebühren für uns ziemlich schlimm sind, denn meiner Ansicht nach, bedeutet dies das „AUS“ für das Seniorenstudium, denn es werden sich nur wenige Leute, vielleicht der Herr Sektionschef oder der Direktor werden sich die ATS 10.000.—leisten können, aber die normalen Pensionisten, für die bedeutet ATS 1.000.-- /pro Monat sicherlich eine besondere Belastung, vor allem für die Frauen, denn es gibt sehr viele ältere Frauen für die das eine wirklich eine Freude ist, dass sie an der Universität studieren können und die sich nicht Weltreisen leisten können, ich habe auch noch nie eine Weltreise gemacht, ich war auch noch nie in Mallorca, also es ist wirklich sehr schlimm die Lage und war in Innsbruck und habe dort mit dem Seniorenreferenten gesprochen, Bruno Pichler, und wir werden auch demnächst ein Treffen mit der Referentin von Graz, Rosemarie Kurz, die auch sehr engagiert ist, machen. Außerdem haben wir einen Folder an alle Seniorenstudenten geschickt, wo wir aufgerufen haben an der Demo teilzunehmen

und wir sind dort auch mit marschiert, das ist momentan die Lage. Bruno Pichler hat einige Briefe an die Frau Minister Gehrler geschrieben aber ich bin da etwas skeptisch muss ich ehrlich sagen. Jedenfalls sind wir halt sehr traurig, wir sind natürlich total solidarisch mit den jungen Studenten und so ist es momentan. Unsere Tätigkeit führen wir natürlich weiter fort, also wir haben einen Stammtisch einmal pro Monat. Dann wollen wir einen Schiurlaub für die Seniorenstudierenden veranstalten, einen Computerkurs haben wir abgehalten, wollen wir wieder machen. Dann ein gemeinsames Forschungsprojekt Österreich übergreifend also bestimmte Themen, Geschichte, Zeitgeschichte oder so sollen bearbeitet werden. Aber ich meine wenn wirklich die Studiengebühren kommen sind wir dann in einem Jahr wahrscheinlich nicht mehr da, ich sicher auch nicht mehr.

Bericht - Jakob Wurmbäck/ Referat für Behind. u. Chron. Kranke Studierende

Das Behindertenreferat im WS 2000/2001

1) Beratung

August:

Dienstag: 9:00-12:00

Mittwoch 9:00-12:00

Donnerstag: 14:00-16:00

September:

1x wöchentlich

WS 2000/2001:

Dienstag 9:00-12:00

Mittwoch 12:00-14:00

2) Gestaltung, Erstellung und Herausgabe des aktuellen Newsletters

3) Planung eines Behindertenführers für die Universität Wien

- Erstellung von Erhebungsbögen
- Erfassung erster Daten

4) Vorbereitung des Tutoriums für das WS 2000/2001

5) Organisation einer Rampe für die Inskriptionsberatung

6) Erstellung einer Homepage

7) Erstellung von Fact-Sheets zu folgenden Themen:

Behinderteneinstellungsgesetz, Behindertenpass, Einmalige Unterstützungen, Familienbeihilfe, Österreichische Gesetzeslage für Behinderte, Mobilität behinderter Menschen, Nationalfonds, Pflegegeld, Steuersparen bei Behinderung, Stipendien, Familienbeihilfe und Förderungen....

Unsere Ziele für dieses Jahr sind:

- Information und Beratung von Behinderten und chronisch Kranken über neue Errungenschaften und Veränderungen an der Universität.
- Hilfe bei der Suche nach Informationen über eine bestimmte Krankheit und Hilfe bei der Suche nach sozialen Kontakten

- Aufklärung der nicht behinderten Studierende über das Leben mit einer Behinderung oder einer chronischen Krankheit und Abbau von Vorurteilen.
- Regelmäßiger Kontakt zu Organisationen und Selbsthilfegruppen, um Informationen aus erster Hand sofort weitergeben zu können.
- Abbau der Hemmschwelle, das „Behindertenreferat“ als erste Anlaufadresse zu besuchen.
- Mobilitäts - Guide für alle Institute und Einrichtungen der Universität Wien. Es soll des weiteren die Tauglichkeit der einzelnen Studienrichtungen für versch. Behinderungsformen getestet werden.

Martin Koschat/Fluw:

Ich hätte 2 Fragen an dich. Frage Nr. 1 – gibt es von beh. Studierenden schon irgendwelche Rückmeldungen was die bevorstehenden Studiengebühren sozusagen für beh. Studierende bewirken, ob es da spezifische Reaktionen gibt von dieser Gruppe von Studierenden, das ist die erste Frage, die zweite Frage – es hat früher immer wieder Fälle von Diskriminierungen von Lehrenden, vor allem Professoren, gegenüber behinderten Studierenden gegeben ist, ist dir da irgendetwas bekannt, das derartige Fälle in der letzten Zeit vorgekommen sind.

Jakob Wurmbäck/Referat f. Behinderte

Zum ersten Mal zu den Studiengebühren, es haben sich eigentlich noch sehr wenige gemeldet, also ich sag jetzt einmal, wenn sich im letzten Monat so ungefähr 15 Leute bei uns gemeldet haben, haben vielleicht 1 oder 2 Personen wegen der Studiengebühren nachgefragt. Es ist halt so, ob sie halt – was sie wissen wollen ist nicht ob sie es zahlen müssen, sondern ob sich die ÖH einsetzt, dass es nicht dazu kommt, das ist ihre primäre Frage. Oder was man machen kann, dass es nicht soweit kommt. Wie es dann ausschauen wird – war eigentlich noch keine Frage.

Und zum Zweiten, wegen Vorurteilen von Vortragenden, es ist mir nichts bekannt, dass solche Vorurteile vorgekommen sind, in letzter Zeit es ist eher für mich eine gegenläufige Tendenz, dass die Vortragenden zu mir kommen und fragen, was kann ich machen um auf Behinderte noch besser einzugehen. Und wie kann ich meine Veranstaltung organisieren, oder auch die Bemühungen, Seminare, Veranstaltungen einzubauen um das Thema Behinderung aufzuwerfen.

Bericht - Eva Jezek/Referentin für Ökologie und Umweltfragen

Es gibt ein neues Umweltlehrveranstaltungsverzeichnis das z.Z. bei der ÖH aufliegt. Was gibt es noch zu berichten – wir hatten Anfang Juni bzw. Ende Mai die Aktion „Stecker raus“ die Ergebnisse sind am Umwelttag präsentiert worden. Es hat auch eine Presseaussendung gegeben. Es wurden dabei – die genauen Zahlen habe ich jetzt nicht im Kopf – aber ein bisschen mehr als 6 % Einsparpotenzial ist herausgekommen. Und wir arbeiten jetzt gerade daran, welche Möglichkeiten wir haben, das auch umzusetzen, dann praktisch halt.

Bericht – Elisabeth Peham/ Referentin für Frauenfragen

Ein paar Punkte von der bis jetzigen Arbeit und Projekte. Die Frauenforscherin die es dieses Semester wieder geben wird, wurde vom Frauenreferat mitfinanziert, ich möchte hier den Redakteurinnen und Mitarbeiterinnen oder den Frauen die das geschrieben haben und die ganze Arbeit hineingesteckt haben sehr herzlich danken

für diese tolle Frauenforscherin u. auch den Projektzentrum hier danken, besonders der Maria Pohn-Weidinger u. Kolleginnen.

Nächste Woche vom 16. bis 20. Oktober 2000 wird es eine Woche der Frauenreferate geben – Österreich weit – wo sich jedes Frauenreferat einen Tag ausgesucht hat, z.B. in Graz oder Uni Wien oder wie auch immer wo sie ihr Frauenreferat vorstellen mit verschiedenen Aktionen. Der Tag der Uni Wien, also das Frauenreferat der Uni Wien wird am 18.10.2000 sein, das ist der Mittwoch, wo es einen Tag der offenen Tür geben wird, in einer Info-Veranstaltung über das Studium „Frauenforschung“ und Bereiche, gemeinsam mit dem Projektzentrum für Frauen und Geschlechterforschung das wird am Nachmittag am Mittwoch stattfinden. Weiters zu dem Projekt, dass ich bei der letzten Sitzung glaube ich schon erwähnt habe über Frauen und Studentinnen im Iran, da sind wir gerade dabei eine Broschüre auszuarbeiten, wo die Sarah meine Mitarbeiterin, die Kollegin die das Projekt leitet oder mitbetreibt in einem Monat bzw. 1 ½ Monate im Iran war und Interviews mit Frauen durchgeführt hat. Und diese Interviews arbeiten wir im Moment gerade aus. Und erstellen diese Broschüre. Die Veranstaltung mit Podiumsdiskussion usw. wird wahrscheinlich Ende November oder Anfang Dezember stattfinden.

Jetzt zu den Studiengebühren, ich möchte hier zu Protokoll geben, dass ich als Frauenreferentin und ich als Studentin als einen Wahnsinn ansehe, wie uns diese Regierung belogen hat, und die Studiengebühren uns drohen und ich finde es eine Frechheit u. ich bin, ich kann nur sagen ich bin entsetzt und ich bin nur dagegen und „Widerstand“.

Bericht Gerhard Schweng/Referent für Bildungspolitik

Auch bei meinem heutigen Bericht möchte ich nicht zwischen meiner Tätigkeit als Referent für Bildungspolitik der ÖH Uni Wien und meiner Tätigkeit als Sprecher der Kurie der Studierenden im Senat unterscheiden. Deshalb lege ich auch heute wieder einen Gesamttätigkeitsbericht vor.

Vorbereitungen ÖH-Wahlen 2001

Es gilt derzeit schon einige Vorbereitungen für die ÖH-Wahlen 2001 zu treffen. Dies betrifft einerseits die Zusammenlegung von Studienrichtungsvertretungen (siehe Tagesordnungspunkt 6 der heutigen Sitzung), andererseits auch einige weitere Punkte.

Folgt man den Hochschülerschaftsgesetz, dann wurde mit der Überführung der Diplomstudienrichtung Sinologie in ein Bakkalaureats- und ein Magisterstudium die Studienrichtungsvertretung abgeschafft [dazu § 17(1) HSG im Wortlaut „Für jedes Diplom- und Doktoratsstudium ist eine Studienrichtungsvertretung einzurichten“]. Eine Adaptierung des HSG ist daher für Bakkalaureats- und Magisterstudien dringend notwendig.

Außerdem muss man sich überlegen, wie Studierende eines individuellen Diplomstudiums unbürokratisch zu der Ausübung ihres Wahlrechts auf Studienrichtungsvertretungsebene gelangen können. Erste Modelle dazu wurden und werden derzeit vom Referat erarbeitet.

Begutachtungen

Eine kaum enden wollende Zahl von neuen Studienplänen sind während der Sommerferien zur Begutachtung eingelangt, teilweise mit sehr kurzen Begutachtungsfristen. Besonderer Wert wurde daher auf eine ausführliche Begutachtung der neuen Studienpläne der Universität Wien und der Studienpläne anderer Universitäten gelegt.

Auch einige Gesetze waren zu Begutachten (wie etwa die Änderung jener Gesetze, die zur Abschaffung der Prüfungstaxen führen). An dieser Stelle soll auch erwähnt werden, dass es nicht nur zu einer Abschaffung der Prüfungstaxen kommen wird, sondern dass in Hinkunft auch Professorinnen und Professoren von der Studiendekanin oder dem Studiendekan mit der Durchführung von Lehrveranstaltungen zu betrauen sind.

Bei der Begutachtung derartiger Gesetze wird – im Sinne eines gemeinsamen Vorgehens der ÖH – stark mit dem Referat für Bildungspolitik der Bundesvertretung zusammengearbeitet.

Studiengebühren

Das Thema Studiengebühren hat uns im Referat für Bildungspolitik in letzter Zeit natürlich besonders stark in Anspruch genommen. Neben der Mitarbeit an allen Projekten der ÖH Uni Wien gab es von unserer Seite vor allem viele Daten und Fakten zu erheben (die dann in Artikel und Aussendungen eingeflossen sind). Es gab eine gemeinsame Erklärung von Rektor Winckler, dem Vorsitzenden des Senates Hoyer und der ÖH Uni Wien.

Ebenfalls erarbeitet wurde eine gemeinsame Presseaussendung des Senates zu diesem Thema.

Konstituierende Senatssitzung

In der konstituierenden Sitzung des Senates wurde Prof. Jörg Hoyer zum Vorsitzenden, Prof. Peter Vitouch (mit 23:22 Stimmen) zum Stellvertreter gewählt. Die erste ordentliche Sitzung in diesem Semester findet am 19. Oktober statt.

Neue Studienpläne

Mit 1. Oktober 2000 sind eine Reihe von neuen Studienplänen an der Universität Wien in Kraft getreten: Statistik (SoWi); Sinologie, Niederlandistik (beides GeWi); Zahnmedizin (Medizin); Mathematik, Lehramt, Lehramt Informatik, Molekulare Biologie (alle NaWi). Bis 2002 müssen alle Studienrichtungen neue Studienpläne beschlossenen haben.

Bei einigen gab es erst kurz vor dem 1. Oktober 2000 das „OK“ des Rektorats und des Ministeriums, was zu Problemen bei der Zulassung führte. Es scheint uns jedoch gelungen zu sein, diese Probleme zu lösen.

Antrag 13 – Gerhard Schweng/Referent Bildungspolitik

Die Universitätsvertretung der Studierenden möge beschließen:

Bis zur Klärung durch den Gesetzgeber bleibt die Studienrichtungsvertretung Sinologie weiterhin als Organ der Hochschülerschaft an der Universität Wien eingerichtet.

Die oder der Vorsitzende der Studienrichtungsvertretung Sinologie kann auch wie bisher, gemäß den Bestimmungen des Hochschülerschaftsgesetzes, über das zugewiesene Budget verfügen.

Antrag 14 – Gerhard Schweng/Referent Bildungspolitik

Ich würde gerne einen Beschluss fassen mit 2/3 Mehrheit, dass wir alle bisher gefassten Beschlüsse über die Einrichtung gemeinsamer STRVen aufheben, damit es nicht zu irgendwelchen Komplikationen und ähnliches kommt falls doch noch irgendwelche Beschlüsse aus Urzeiten gibt die bisher weiterwirken. Also auch wieder eine sehr wichtige Sache die alle was angeht.

Die UV der Studierenden möge beschließen:

„Alle Beschlüsse über die Einrichtung gemeinsamer Studienrichtungen, die vor dem 1. 10. 2000 gefällt wurden treten außer Kraft, eingerichtete Organe die auf diesen Beschlüssen existieren bleiben bis 30. Juni 2001 eingerichtet. d.h. Es bleiben auf alle Fälle alle STRV bis 30.6.2001 eingerichtet, aber die Beschlüsse darüber treten mit Oktober 2000 außer Kraft. Wie gesagt, das sollten wir mit 2/3 Mehrheit beschließen.“

Bericht – Mathias Mühlhofer/Wirtschaftsreferent

Angesichts der fortgeschrittenen Stunde versuche ich meinen Bericht möglichst kurz zu halten. Wie Angie schon berichtet hat, der Kindergarten war in seinem fortbestehen einigermaßen gefährdet u. a. deswegen, weil die Uni die Lokale in der Berggasse wieder zurück haben möchte. Durch gute Verhandlungen hat es die Angie geschafft, dass der Kindergarten jetzt eine neue Location bekommt – hier am Campus, die noch dazu kostenlos frisch renoviert wird. Das einzige was dazu gesichert sein muss ist der Fortbestand des Kindergartens und da auch die ÖH meiner Meinung nach diesen Kindergarten weiter erhalten möchte bringe ich folgenden Antrag ein.

Antrag 15 – Mathias Mühlhofer - Kindergarten

„Die Hochschülerschaft a. d. Universität Wien verpflichtet sich zu einer längerfristigen Unterstützung des Kindergartens. Diese beinhaltet neben logistischer u. organisatorischer Hilfe auch die jährliche Summe von ATS 300.000.--, sowie die nötigen weiteren Beiträge zum Betrieb des Kindergartens mit verbilligten Elternbeiträgen.“

Das 2. Thema ist die Frau Christine Kühner die inzwischen 28 Jahre für uns gearbeitet hat u. mit 1. 9. 2000 d. J. in Frühpension gegangen ist – meiner Meinung nach sehr wohl verdient – sie hilft uns auch noch falls wir Fragen haben momentan. Und da sie so lange bei uns war bekommt sie auch eine gehörige Abfertigung dafür und daher stelle ich folgenden Antrag.

Antrag 16 – Mathias Mühlhofer – Abfertigung Fr. Christine Kühner

Frau Christine Kühner hat ihren Dienst bei der Hochschülerschaft mit 31. August 2000 zwecks Frühpension gekündigt. Sie bittet nun um die Auszahlung ihrer gesetzlichen Abfertigung.

„Die Hochschülerschaft /Universitätsvertretung der Studierenden an der Universität Wien ermächtigt die Vorsitzende u. den Wirtschaftsreferenten diese Auszahlung (in Gesamthöhe von über ATS 600.000.--) durchzuführen. Die Mittel kommen aus der extra für diesen Zweck angelegten Rückstellung.“

**Abstimmung – Antrag 13, Gerhard Schweng/Referent f. Bildungspolitik
Betrifft STRV –Sinologie**

contra: 0
Enthaltungen: 0
pro: 25

Antrag einstimmig angenommen

**Abstimmung – Antrag 14, Gerhard Schweng/Ref.f.Bildungspolitik
Betrifft Zusammenlegung von STRVen**

contra: 0
Enthaltungen: 0
pro: 25

Antrag einstimmig angenommen

Zur Protokollierung – Gerhard Schweng/AG

Ich nehme wieder die beiden letzten Beschlüsse als Lob für meine Arbeit hin.

**Abstimmung – Antrag 15, Mathias Mühlhofer/Wirtschaftsreferent
Betrifft Kindergarten**

contra: 0
Enthaltungen: 2
pro: 23

Antrag angenommen

**Abstimmung – Antrag 16, Mathias Mühlhofer/Wirtschaftsreferent
Betrifft Abfertigung Fr. Christine Kühner**

contra: 0
Enthaltungen: 0
pro: 25

Antrag einstimmig angenommen

TOP 8 wird geschlossen

TOP 9 – Satzung der Universitätsvertretung

Nachdem bei der Sitzung am 16. 6. 2000 die Satzung der UV verfasst wurde, stehen wir vor der schwierigen Situation, noch eine beschließen zu müssen, ich ersuche dringend die Zustellungsbevollmächtigten der im Gremium vertretenen Fraktionen bekannt zu geben, ob die Leute, die sie in die Arbeitsgruppe zum Thema Satzung der UV nominiert haben, noch gültig sind oder ob sie neue Leute nominieren wollen, ich bitte auch den Gerhard Schweng als Referenten für Bildungspolitik dringendst die Arbeitsgruppe wieder einzuladen, damit sie ihre Arbeit fortsetzen können, die zu einer Satzung an der UV Wien kommen.

TOP 9 wird geschlossen

TOP 10 – Berichte der Fakultätsvertretungsvorsitzenden

Bericht – Bettina Baminger / FV NAWI

Ich möchte noch während der Sommerferien anfangen, wir haben in den Sommerferien heuer das Problem gehabt, dass wir von der Fakultät der Naturwissenschaften u. Mathematik 4 Studienpläne eingereicht worden sind beim Ministerium – schlussendlich dann um sie zu genehmigen. Wir haben den ganzen Sommer darum gekämpft die Studienpläne in Kraft treten. Es war ziemlich mühsam weil sich das Ministerium an sich wöchentlich um 180° gedreht und gewendet hat. Schlussendlich und nach sehr viel Mühen sind jetzt drei dieser vier Studienpläne in Kraft getreten, nämlich Diplomstudium Molekulare Biologie, Diplomstudium Mathematik und Lehramtsstudium NAWI, das Diplomstudium Physik ist noch nach dem alten Studienplan in Kraft. Sprich – An sich können jetzt schon die Studierenden die neuen Studienpläne jetzt schon studieren und bzw. inskribieren – Probleme gibt es insbesondere bei dem Lehramt Biologie und Warenlehre, bzw. Lehramt Biologie und Erdwissenschaften, da gibt es noch keine neuen Studienpläne – keine neuen Vorlesungen noch kaum vorhanden sind.

Weiters kann ich noch berichten, dass das Fakultätskollegium der naturwissenschaftlichen Fakultät neu zusammengetreten und konstituiert wurde. Es sind ein neuer Studiendekan und vier neue Vizestudiendekane gewählt worden. Neuer Studiendekan ist Herr Prof. Reichel vom Institut für Mathematik, Vizestudiendekane sind der Herr Prof. Hesse, Herr Prof. Breger und die Fr. Prof. Kopp von der Pharmazie. Fakultätskollegiumsvorsitzender ist noch immer der Herr Prof. Richter, und Stellv. Hr. Prof. Mikenda von der Chemie.

Dann kann ich noch berichten – entgegen dem was die Bettina da zuerst gesagt hat, dass die Lehrenden prinzipiell gegen eine Uni-Reform sind. Ich habe da von unserer Seite aus eine andere Meldung, ich habe mit sehr viel Lehrenden gesprochen, die an sich uns alle bei der Sache mit den Studiengebühren unterstützt haben. Wir haben aber die meisten Zusagen bekommen das wir den Mittwoch also wie letzten Mittwoch die Lehrveranstaltungen abgesagt bzw. zumindest verschoben wurden. Das hat bei den meisten funktioniert und hin gehauen. Entgegen, wie gesagt der Meinungen die ihr vielleicht gehört habt, sind unsere Lehrenden u. auch der Mittelbau sehr interessiert an einer Dienstrechtsreform bzw. an einer Unireform. Es werden noch viele Vorschläge gebraucht wie man das machen könnte, das ist die Sache von unserer Seite. An sich haben wir uns natürlich auch dieser Großkundgebung am Mittwoch beteiligt. Wir haben glücklicherweise und überraschenderweise auch von der NAWI viele Studierende dazu gebracht mitzudemonstrieren, das einzige was mich an dem ein bisserl gestört hat ist, dass wir es nicht zusammengebracht haben, alle gemeinsam zu demonstrieren das liegt daran, oder sagen wir so es hat mich

insofern sehr gewundert weil der Werner Hromada in unserer Hörerinnenversammlung sagte, man möchte doch über den Fraktionen hinweg alle gemeinsam den Kampf gegen die Studiengebühren aufnehmen. Im Endeffekt war es dann so, dass wieder extra demonstriert wird, er hat sich dann glücklicherweise uns angeschlossen, es hat mich sehr gefreut, ich habe es nur ein bisserl unnötig gefunden, dass man einen eigenen Zug macht. Aber sonst bin ich mit der Beteiligung unserer Studierenden an der Demonstration zufrieden und an und für sich mit der Beteiligung aller Studierenden. Ich hoffe doch, dass wir die Studiengebühren wegbringen, dass wir keine Studiengebühren zahlen müssen. Wie gesagt, wie der Gerhard vorhin schon den Antrag gestellt hat, das Problem für die Dissertierenden und überhaupt für die anderen Studierenden sehr groß ist weil unsere Studien an und für sich schon sehr lange dauern, aber wir werden auf jeden Fall weiterkämpfen. Danke!

Sigrid Nitsch/VSSTÖ – Bericht für die GRUWI

Ich mache nur ein paar grundsätzliche Anmerkungen wir werden im Februar 2001 umziehen, ich freue mich sehr, wir ziehen in die Rathausstrasse, es sind sehr schöne Räumlichkeiten dort wo der ÖGB drinnen ist, es freut mich besonders sehr in der Nähe vom ÖGB. Und da ist das NIG und daneben ist die Rathausstraße, also ganz nahe am NIG, das freut uns sehr.

Vom Fakultätskollegium kann ich noch etwas erzählen :

Wir haben konstituierende Sitzung gehabt, am 9. 10. 2000 Vorsitzender ist wieder einmal Germain Weber geworden und Stellv. ist der Herbert Gottweis von der Politikwissenschaft. Eine kleine Anmerkung muss ich noch machen ich bin Kuriensprecherin und ich muss immer ein bisserl schauen das die studierende Kurie anwesend ist und schicke auch immer Einladungen aus, und war die 4 letzten Fakultätskollegien ein bisserl überrascht, dass niemand von den 2 Mandatarinnen und Mandatare von der AktionsGemeinschaft da waren und es bedrückt mich. Und ich schicke immer Einladungen aus per Post, vielleicht mag die Post schuld sein, und ich schicke E-mails aus, vielleicht mag da der technische . Verkehr nicht funktionieren deswegen, vielleicht ist ein falscher Account verwendet worden, kann sein. Und deswegen – ich bin noch nicht fertig – ich möchte die Einladungen für das nächste Fakultätskollegium überreichen. Ich bin auch für Demokratie und finde auch, dass man die gegnerischen Fraktionen mit einbinden soll und deswegen übergebe ich sie dir persönlich. Da sparen wir uns eine Briefmarke. Danke.

Bettina Schwarzmayr/VSSTÖ – Bericht für die FV GEWI

Auch die GEWI hat konstituierende Sitzung ihres Fakultätskollegiums gehabt, zum Vorsitzenden ist gewählt worden der Ekkehard Weber und zum Stellvertreter der Andi Schwarz. Der Andi Schwarz hat auch für den Vorsitz kandidiert, was die Studierenden besonders gut gefunden hätten, wenn ein Mittelbauer einmal Vorsitzender wird, leider waren auch hier die Mandatare der Wahlwerbenden Gruppe AktionsGemeinschaft nicht anwesend und Herr Schwarz ist es um 2 Stimmen nicht geworden, bei drei AG-Mandataren, sehr schade jetzt haben wir einen Herrn Ekkehard Weber, aber ich hoffe der wird es auch schaffen.

Nachtrag zu Bericht von FV NAWI – Bettina Baminger

Ich wollte nur sagen, dass meine zwei Vorgängerinnen bzw. Nachfolgerinnen von mir gerade die Anwesenheit von Mandataren in den Fakultätskollegien beklagt haben. Kann ich ähnliches berichten, bei unserer konstituierenden Sitzung vom NAWI

Fakultätskollegium haben ebenfalls die – wieso wäre es bei uns Wurst – also ich werde euch was sagen nachdem wir auf der NAWI so eine wichtige Fakultät sind, ist bei uns gar nichts Wurst und überhaupt nie Wurst. Bei uns wären auch Mandatare willkommen und bei uns sind sie in dem Fall eher von der Bing die fehlen.

Bericht – Regina Gschwandtner – Stellv. Vorsitzende/FV SOWI

Auch wir haben Fakultätskollegium gehabt, haben da eine Resolution gegen Studiengebühren beschlossen, die mit einer Gegenstimme leider angenommen worden ist. Leider die Gegenstimme eines Professors der sich offenbar vorher nicht erkundigt hat wofür er stimmt und dann dagegen gestimmt hat. Ich möchte anmerken, dass es mich auch nicht sehr gefreut hat, dass die Studierenden Kurie nicht vollständig anwesend war, weil der einzige der da gefehlt hat, der VSSTÖ-Mandatar war im Gremium. Ansonsten gibt es noch zu berichten, dass wir in Verhandlungen mit der Universität sind bezüglich dem Professorenstellen die noch immer nicht nachbesetzt sind auf der SOWI. Es ist jetzt eine Liste, eine Prioritätsliste erstellt worden, welche Professorenstellen als erster mit erster Präferenz nachbesetzt werden sollen schauen wir einmal wie es funktioniert. Leider sagen immer mehr Professoren, die auf Berufungslisten stehen ab, weil die sich die Verfahren schon so lange hinziehen mehrere Jahre meistens, dass es überhaupt gar keinen Anreiz mehr gibt nach Wien zu kommen u.a. hat auch die Frau Prof. Wolf abgesagt die an der SOWI die erste weibliche Professorin gewesen wäre, es tut mir sehr leid. Weiters gibt es dann zu berichten, dass die Studierendenkurie erreicht hat, dass am BWZ ein sogenanntes Campus-Phon eingerichtet worden ist, also ein öffentliches Telefon, wo alle Institute der gesamten SOWI, bzw. der gesamten Uni Wien gratis für Studierende angewählt werden können, d.h. auch auf Grund der örtlichen Gegebenheiten sehr praktisch für Studierende am BWZ ist. In der STUKO Betriebswirtschaft/Intern. Betriebswirtschaft ist gestern ein neuer Studienplan beschlossen worden. Mein letzter Berichtspunkt betrifft die angestrebten Bakkalaureatsstudien auf der SOWI. Es sind von den STUKO-Vorsitzenden für Statistik, Wirtschaftsinformatik und Betriebswirtschaft jeweils die Überleitungen am Bakkalaureatsstudium im Sommer beantragt worden im Ministerium. Vor ca. 2 Wochen haben wir eine Antwort bekommen vom Dr. Faulhammer der meint entgegen seinem Handbuch zum UniStG, das wird auch bitte vorher Studienpläne erstellen sollen die einreichen und dann wird erst das Überleitungsverfahren genehmigt, was ich sehr komisch finde, denn in seinem Handbuch sagt er genau die gegenteilige Aussage, dem werden wir auch nachgehen. Soweit der Bericht von der SOWI.

Bericht – Kath. Theologie/ Ralph Regenfelder

Danke an die Sitzungsleiterin und an die Mandatarinnen, dass ich hier berichten darf in Stellvertretung von unserer Vorsitzenden die in Salzburg auf einer Österr. Koordinationssitzung ist.

Ich erspare euch die Sache mit den laufenden Tätigkeiten und Fakultätskollegium und konstituiert usw. nur soviel das Tutoriumsprojekt läuft dieses Mal wieder sehr gut an, was uns ziemlich freut. Wir haben auch unsere Informationsbroschüre zur Erstsemestrigenberatung neu aufgelegt und da ist es leider ein bisschen traurig, dass es dazu zu Verzögerungen gekommen ist, weil auf der Informationsbroschüre das von uns verwendete LOGO oben war und nicht das LOGO der UV und weil wir Hochschülerinnenschaft geschrieben haben. Im Juni ist unser alter Vorsitzender zurückgetreten, die neuen Vorsitzenden führen den Vorsitz im Team das sind Maria Lettner, Margit Staudinger und Andrea Riedl. Von der Fakultät gibt es einiges neues

zu berichten. Es wird eine 2. Auflage der Berufungskommission Liturgiewissenschaft geben. Insofern traurig weil in der ersten Auflage die Studenten wirklich eine gute Arbeit geleistet haben und einiges durchgebracht haben was gegen den Willen von manchen gegangen ist. Leider deswegen auch die 2. Auflage. Eine neue Berufung haben wir zu verzeichnen einen neuen Professor für Kanonisches Recht wie es jetzt heißt ist mit 1. Oktober 2000 gekommen. Am 16. 10. 2000 gibt es den „Dies academicus“ der jedes Studienjahr gehalten wird. Der Gastvortrag wird von Herrn Wilhelm Korf gehalten zu dem Anlass. Dann zu den Aktivitäten der Fakultätsvertretung außerhalb der normalen Geschäftsabwicklung, das wird ein bisschen länger weil bei den letzten Sitzungen nicht berichtet wurde.

Im Mai hat es eine Podiumsdiskussion gegeben zum Thema Christinnen an der Macht, Regierung unter christlichem Anspruch. Univ. Ass. Dr. Hans Schelkshorn, es war eine sehr angeregte und spannende Diskussion die einiges ans Tageslicht gebracht hat was die Hintergründe einer FPÖ-Regierungsbeteiligung betrifft. Aus diesem Anlass haben wir dann auch noch eine Diskussionsveranstaltung mit Dr. Schelkshorn gemacht, mit dem Thema „Recht auf Heimat“ über das problematische Verständnis der Menschenrechte bei der Freiheitlichen Partei. Es hat einen offenen Brief an die Bundesregierung gegeben, damals als Anlass der Attacken auf Fr. Mag. Gertraud Knoll „Gewalt in der Sprache“ der Weg von sprachlicher zu tätlicher Gewalt ist kurz. Und natürlich haben wir seit dem Ministerratsbeschluss von 20.9.2000 auch alle Hände voll zu tun gehabt, mit Aktivitäten gegen die Studiengebühren. Das erste war gleich eine Presseaussendung mit der Überschrift „Amokanschlag auf den freien Hochschulzugang, wo wir auch die Meinung geäußert haben. Wir sehen in dieser Maßnahme den Versuch unter dem Deckmantel des Sparens, dass intellektuell kreative Potential und das politische Engagement, dass von den Universitäten ausgeht zu lähmen.

Wir haben uns dann ziemlich ins Zeug gelegt und eine Plattform „Christinnen für freien Hochschulzugang“ zustande gebracht, an der sich ziemlich viele katholische und evangelische Organisationen beteiligt haben, abgesehen von den Fakultätsvertretungen usw. auch Organisationen wie der Mittelschülerkartellverband, der Akademische Bund, Katholischer Bund Österr. Landsmannschaften, die Kath. Hochschuljugend, Schüler Jugend, Jungschar und die Hochschulgemeinden ev. u. kath. . Ich denke einmal, dass so eine Plattform die wirklich eine Breite hat sicher auch ein Zeichen ist, dass es hier um ein Sachanliegen geht u. über ideologische u. politische Meinungsverschiedenheiten hinweg gegen eine Sache aufgetreten wird. Wir haben uns auf der Groß-Demo vom 11. 10. 2000 beteiligt und eine Armensuppe symbolischerweise ausgeschenkt darüber ist das Transparent gehangen „Auslöffeln müssen wir die Suppe, die uns die Regierung eingebrockt hat“. Das war ein Recycling aus dem Jahr 1996, wir haben uns das neue Transparent sogar sparen können. Dan möchte ich noch einen Termin anbringen, vielleicht interessiert es ja wen. Es wird ein politisches Nachtgebet anlässlich der Einführung von Studiengebühren geben, dass von Monsignore Dr. Helmut Schüller geleitet wird, und das wird am 19. 10. 2000 in der Votivkirche stattfinden.

Bericht – FV Jus/ Angelika Pipal – Stellv. Vorsitzende

Ich werde mich jetzt nicht beschweren, dass ich nicht am Fak.Kol. war, denn es sind die Mandatare von sämtlichen Fraktionen immer brav anwesend und zweitens ist das Fak.Kol. erst nächste Woche.

Unser Erstsemestrigen-Program war dieses Jahr besonders umfassend, wir haben Touren durch das Juridicum veranstaltet, wo wir mit Gruppen von 20 – 40 Erstsemestrigen durchs Haus gegangen sind, und ihnen die Einrichtungen wie

Bibliotheken, Institute, Lesesäle, Computerräume usw. gezeigt haben. Da konnten sie auch direkt bei den Instituten mit den Professoren u. Assistenten in Kontrakt treten. Natürlich machen wir auch wieder Tutorien und die Vortragsreihe Basics für Jus, wo eben in einer 1 bis 1½ Stunden der Ablauf des Studiums erklärt wird. Die Inskriptionsberatung im Audimax wie jedes Jahr, Entschuldigung in der Aula dieses Mal. Unsere Homepage wurde vollkommen neu überarbeitet. Es gibt dieses Mal, es werden immer wieder Fragensammlungen daraufgestellt eine extra Seite für Erstsemestrige inkl. Erstsemestrigen-Video. Das Juridicum hat sich auch am Fackelzug und an der Groß-Demo beteiligt. Am Aktionstag haben sich 500 Juristen am Juridicum eingefunden, sind dann zur Uni hinübergelagert. Ich möchte noch einmal allen die, welche Gruppe auch immer, an der Demo und am Fackelzug teilgenommen haben bedanken. Danke für die Aufmerksamkeit.

TOP 10 wird geschlossen

TOP.11 – Allfälliges

Aus meiner Sicht aus gibt es nicht mehr allzu viel zu berichten was ich anzukündigen gehabt hätte, ist im Bericht vorgekommen, wer immer mag kann es im Protokoll nachlesen. Ich ersuche alle Mandatäre und Mandatarinnen den Mist mitzunehmen, die Transparente könnt ihr gerne dalassen für die habe ich sicher Verwendung, ansonsten den Mist der auf den Tischen liegt bitte mitzunehmen, dass wir den nicht wieder wegräumen müssen und wünsche allen ein schönes Wochenende.

Damit schließe ich den TOP 11 – und damit die erste Ordentliche Sitzung der UV im Wintersemester 2000/2001 um 17.40 Uhr.